

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

beantragt. Dies ist zulässig. Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte Herrn Kollegen Lieven, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Unruhe - Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU] unterhält sich mit Abgeordneten Dr. Linssen [CDU].)

- Zunächst darf ich einmal Herrn Kollegen Meyer bitten, sich zu setzen. Ich werde dazu gleich auch die Mitglieder anderer Fraktionen auffordern, damit das Verfahren ordnungsgemäß abgewickelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bitte Herrn Kollegen Lieven mit dem Namensaufruf zu beginnen. Bitte sagen Sie klar und deutlich "Ja" oder "Nein" oder "Enthaltung".

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, wer hat bisher noch nicht an der Abstimmung teilgenommen?

(Zwei Abgeordnete melden sich und geben ihr Votum ab.)

(B)

Noch jemand? - Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich bitte auszuzählen.

Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis: Für den Antrag stimmten 92, gegen den Antrag 131 Abgeordnete. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/1114. Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen worden.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

**Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft**

Die Beschlussempfehlung liegt Ihnen mit Drucksache 11/1110 vor. Darüber hinaus liegen mit Drucksache 11/1422 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE

(C)

GRÜNEN mit 21 Anlagen und mit Drucksache 11/1423 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor.

Ich erteile als erster Rednerin der Frau Abgeordneten Dr. Schraps von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der Kürze der Zeit verkneife ich es mir, über die Beratung im Ausschuß öffentlich nachzudenken; diese war im Grunde genommen eine Farce, ein Trauerspiel. Von der Mehrheitsfraktion wurde es als unsinnig betrachtet, sich mit den Gedanken der Oppositionsfraktionen überhaupt zu beschäftigen.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Wenn ihr unsinnige Anträge stellt, ist das so!)

Es war ein Trauerspiel, was die Auswirkung auf den Umweltschutz angeht. Der Einzelplan 10 zeigt keinerlei Schwerpunktbildung für eine ökologische Weiterentwicklung dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Von diesem Haushalt wird auch keine Signalwirkung ausgehen, um wesentliche Akzente zum Schutze der Umwelt in Nordrhein-Westfalen zu setzen.

(D)

Der Abfallentsorgung, die sich in einigen Bereichen Nordrhein-Westfalens zu einem Notstand auswächst, wird finanziell nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zugemessen. Meine Damen und Herren! Seit Jahren unterhält sich diese Parlament über die Notwendigkeit von Abfallwirtschaftsplänen, Standortfestlegungen, Planfeststellungsverfahren, Altlastenbeseitigung usw. Für mich hat die Hoffnung bestanden, daß im Haushalt 1991 trotz notwendiger Sparmaßnahmen Zeichen gesetzt würden, um eine zukunftsweisende Arbeit in diesem so wichtigen Bereich zu ermöglichen. Leider sind diese Hoffnungen wie ein Luftballon zerplatzt.

(Beifall bei der CDU)

Vor uns liegt lediglich eine Novelle des Landesabfallgesetzes. Diese Novelle bestätigt und verstärkt die seit Jahren von der Landesregierung immer mehr praktizierte vorherrschende Tendenz, jegliche Entsor-

(A) (Dr. Schraps [CDU])

gungsverantwortung von sich auf die Kommunen zu verlagern.

Meine Damen und Herren! Die CDU begrüßt nachdrücklich jedes Vorgehen, das dazu führt, einen möglichst hohen Grad von Abfallvermeidung, Abfallverringerung und stofflicher Abfallverwertung herbeizuführen. Die CDU ist ebenso wie die Landesregierung der Ansicht, daß nicht verwertbare Abfälle soweit erforderlich zu behandeln sind und Abfälle, bei denen eine Behandlung weitgehend ausscheidet, einer umweltverträglichen Ablagerung zugeführt werden sollen.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind noch weit davon entfernt zu wissen, ob und welche Abfälle sich für eine weitere Verwendung oder Verwertung eignen, welche Stoffströme entstehen und welche umweltunverträglichen Reaktionen beim Recycling aller Abfallstoffe entstehen. Dazu gehört eine verstärkte Forschung,

(Beifall bei der CDU)

eine Forschung, die durch ein Gesetz nicht ersetzt werden kann. Forschung kann es aber nur geben, wenn finanzielle Mittel eingesetzt werden. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb, den Titel "Untersuchungen, Versuche und Planungen im Bereich der Abfallwirtschaft" von bisher 700 000 DM auf 4 Millionen DM zu erhöhen.

(B)

Um den oben genannten abfallpolitischen Zielvorstellungen gerecht werden zu können, sind im Bereich der Abfallwirtschaft Projektentwicklungen erforderlich. Es ist einfach nicht die vorrangige Aufgabe der Landesregierung, die Bürger durch aufwendige Werbekampagnen mit Selbstlobanteil zur Abfallvermeidung anzuhalten. Diese Aufgabe kann durch einen Abfallberater der Verbraucherberatungsstellen sowie der Kommunen besser und praxisorientierter durchgeführt werden.

Aufgabe des Landes ist es vielmehr, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die Rahmenbedingungen schaffen, Abfallentsorgungspläne bei den Regierungspräsidenten voranzutreiben, Standortverantwortung für Entsorgungsanlagen zu übernehmen und vor allem Forschungsaufträge zu unterstützen, die eine Lösung für das Abfallproblem finden.

(C)

Es nützt einfach nichts, wenn der einzelne Bürger weiter zu einem umweltbewußten Verhalten angehalten wird, zum Beispiel zum Papiersammeln, dieses Papier brav zum Container bringt, dann aber, weil der Markt zu ist, erfährt, daß dieses Papier nicht etwa wieder zu neuem Papier wird, sondern in der nächsten Verbrennungsanlage verbrannt wird. Eine solche Situation, Herr Minister, schafft Frustration, schafft im Grunde genommen Schaden und führt zu einer Verweigerungshaltung beim Bürger.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Matthiesen)

Herr Minister, 1995, wenn wir die Regierung übernehmen, schaffen wir natürlich etwas Besseres.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Aber, Herr Minister, Sie können doch nicht leugnen, daß es einen erhöhten Untersuchungsbedarf im Bereich der Stoff- und Energieaufwendung und der Transportprobleme und auch einen erheblichen Klärungsbedarf bei der Frage umweltbelastender oder gar entlastender Verwertungsprodukte gibt. Hier sind wir doch wirklich noch am Anfang der Untersuchung.

Zu einer umweltverträglichen Abfallwirtschaft gehört also neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen und ökonomischen Anreizen auch - und das habe ich eben betont - die Forschung und die Entwicklung. Hier haben wir in Nordrhein-Westfalen weitestgehend Fehlanzeige. Aber, und das haben wir in den letzten Jahren sehr oft gehört: Geld ist vorhanden für Wahlwerbung und für den Stimmenfang mit dieser Wahlwerbung.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben von mißbrauchten Landesmitteln für eine Kampagne zur Abfallvermeidung gehört. Die CDU beantragt die Ausweisung eines Haushaltseinnahmesatzes in Höhe von 5 442 900 DM. Diese Summe setzt sich zusammen aus den 4 993 456,80 DM plus Zinsen. Der Landesrechnungshof hat mit einer Entscheidung vom 27.11.1990 festgestellt, daß die Landesregierung diese Mittel zu Unrecht verausgabt hat. Nicht nur, meine Damen und Herren, daß die SPD-Fraktion sich weigert, diese zu Unrecht in einer angeblich plötzlichen, unvorhersehbaren Kampagne ausgegebenen Gelder als Einnahme zu verbuchen,

(A) (Dr. Schraps [CDU])

sondern sie setzt diese Kampagne weiter fort in einer Situation finanziellen Einschränkungszwanges in allen Fachbereichen.

(Beifall bei der CDU)

Der Minister genehmigt sich nämlich - und man muß sich dies einmal auf der Zunge zergehen lassen - für 1991 wiederum 3,3 Millionen DM für eine weitere Kampagne zur Abfallvermeidung. Dies ist nichts weiter als ein teurer Vertuschungsversuch für die erste Kampagne.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt also, meine Damen und Herren, 8,7 Millionen DM für unnötige Werbekampagnen in den Jahren 1990/91, obwohl diese Mittel sehr viel besser eingesetzt werden könnten, um den Abfallnotstand zu minimieren.

Meine Damen und Herren von der SPD, folgen Sie unserem Antrag - statt unnötiger Selbstbeweihräucherung des Umweltministers -, 3,3 Millionen DM in den Titel "Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen im Bereich der Abfallwirtschaft" einfließen zu lassen.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Strehl [SPD])

- Herr Strehl, Ihre Informationsversuche haben ja auch nichts genützt. Wir haben ja immer noch den Notstand.

Dann stört uns eigentlich noch folgendes:

(Zuruf von der SPD: Das macht nichts!)

Das kann ich mir vorstellen. Sie waren ja auch in der ganzen Beratung ziemlich arrogant und haben Ihre Macht spüren lassen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sagen, was mich weiterhin stört: nämlich die Aufblähung des Finanzbedarfs durch Zuschüsse an Institute, die durch klingende Namen überdecken, daß landeseigene Körperschaften mangels Koordination, mangels unzureichender Personal- und Sachausstattung und vor allem fehlender Leitlinien die Fülle der anstehenden Aufgaben nicht erfüllen können. Es werden Zuschüsse gezahlt an ein Fachinformationszentrum für gefährli-

(C)

che und umweltrelevante Stoffe, an ein Kommunikations- und Informationssystem gefährliche Stoffe, an das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, das Institut für Klima, Umwelt und Energie, das Bodenschutzzentrum in Oberhausen sowie an den Abfallsorgungs- und Altlastensanierungsverband. Diese Liste könnte ich noch beliebig fortsetzen. Es ist so, daß diese Institute Finanzen verschlingen, ohne Effektivität zu zeigen.

Zwei Beispiele seien genannt: Auf meine Mündliche Anfrage nach der Arbeit des Instituts für Klima, Umwelt und Energie antwortete der Minister, daß ein so hochrangiges Institut eine hochrangige personelle Besetzung verlange, diese noch nicht gefunden werden konnte und daher noch kein Arbeitsergebnis vorliege. Zwei Jahre ist dies her.

Ein zweites Beispiel: Altlastensanierungsverband in Hattingen. 1989 gegründet, warten wir immer noch auf die ersten Anzeichen von Ergebnissen. Zielvorstellung war ein jährliches Lizenzaufkommen von 50 Millionen DM. Wenn Sie die Antwort auf meine Kleine Anfrage gelesen haben, werden Sie feststellen, was eingekommen ist: 3,4 Millionen DM. Mehr also noch nicht. Diese Lizenzentgelte wurden bisher noch nicht einmal an den Verband weitergeleitet, aber ausgegeben worden sind: 2,4 Millionen DM für die Gründung des Verbandes, für Personal und für den Beginn, man höre und staune, der gesetzlichen Aufgaben. Außer Spesen nichts gewesen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Es ist inzwischen wenigstens ein Maßnahmenkatalog mit 18 Maßnahmen entstanden. Frage natürlich: Wovon sollen die bezahlt werden? Das Geld reicht höchstens für die Fortsetzung der außerordentlich teuren Delegiertenversammlungen, die bisher 58 991 DM verschlungen haben.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Billige Polemik!)

- Keine billige Polemik. Wenn Sie mit Ihrem Haushaltsgeld so umgehen wie dieses Land, weiß ich nicht, wo Sie hinkommen. Doch: Sie können Schulden machen.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Waren Sie schon einmal in Hattingen?)

(A) (Dr. Schraps [CDU])

Das heißt also, das Lizenzentgeltsystem ist falsch. Ich würde vorschlagen, daß Sie endlich dem Vorschlag der CDU nahetreten, dieses Lizenzentgelt in einer anderen Weise einzunehmen.

Meine Redezeit geht langsam zu Ende. Ich würde Sie bitten, mich noch sagen zu lassen, welche Themen wir noch dringend behandelt haben wollen: Untersuchungsvorhaben im Bereich Immissionsschutz, Untersuchungsvorhaben im Bereich Immissionsauswirkung auf Menschen und Natur. Wir möchten gern die Schuldendiensthilfe besprochen haben; wir möchten die Auswirkungen, die ein desolates Kanalnetz aufwirft, besprechen, und wir möchten bitten, daß überprüft wird, warum in einem Moment des finanziellen Engpasses ausgerechnet der Etat für Ausstellungen, Kongresse und Wettbewerbe um fast 100 % erhöht wird. - Die CDU wird auf diese Mängel in den Ausschußberatungen immer wieder und so lange hinweisen, bis Abhilfe geschaffen wird.

Ich darf mich am Ende meiner Rede im Namen der CDU-Fraktion bei allen Bürgern, Kommunen, der Industrie, dem Handwerk und dem Handel bedanken, die sich trotz fehlender Landesunterstützung auf der Grundlage der Bundesgesetzgebung

(B) (Lachen bei der SPD)

zum Wohle unserer Umwelt finanziell und initiativ engagiert haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Dr. Kasperek für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Dr. Kasperek (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die verehrte Kollegin Frau Dr. Schraps hier gerade vorgetragen hat, war ja ein beredtes Beispiel dafür, daß die Opposition konzeptionslos ist und auch keine Alternativen auf diesem wichtigen Politikfeld hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

- Die CDU-Opposition! Aber die Erfahrungen der letzten Monate haben uns ja auch gezeigt, daß, seit-

(C)

dem Sie im Landtag sind, so viel Neues auch nicht dazugekommen ist.

Im Gegenteil, meine Damen und Herren: Die Beschlüsse der SPD-Fraktion zum Haushalt 1991 setzen eine erfolgreiche Umweltpolitik fort und schaffen die Grundlage für neue Ansätze und neue Schwerpunkte.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Dr. Kasperek (SPD): Nein, ich habe so wenig Redezeit, daß ich das jetzt durchziehen muß.

Der ökologische Strukturwandel in unserem Lande ist auf einem guten Weg, und jedermann kann auch heute schon den Durchbruch dieser ökologischen Erneuerung erkennen und spüren.

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Kontinuität und Gestaltungswille, lieber Kollege, das sind die entscheidenden Merkmale unserer Politik. Ich möchte sie in der gebotenen Kürze - wir haben ja durch den heutigen Nachmittag etwas Redezeit verloren - hier darstellen. (D)

Es geht zunächst einmal darum, bewährte Maßnahmen mit Landesmitteln beizubehalten und sie dort, wo es notwendig ist, auszubauen und zu verstärken. Dabei werden uns natürlich Grenzen gesetzt durch die Steuerpolitik des Bundes,

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

aber auch durch unseren eigenen Sparwillen.

Wir werden in vielen Bereichen neue Wege beschreiten. Die Priorität unserer Umweltpolitik muß bei der Umweltvorsorge liegen, ohne daß wir unsere Aufgabe, die notwendigen Reparaturen durchzuführen, vernachlässigen.

Wir in Nordrhein-Westfalen meinen es ernst mit dem Verursacherprinzip. Es wird durch die Wirtschaft und die Industrie in unserem Lande nicht mehr bestritten

(A) (Dr. Kasperek [SPD])

und in Frage gestellt. Der Emissionsminderungsplan für Großfeuerungsanlagen ist ein erfolgreiches Beispiel dieser Politik, und diese Politik wird durch den Emissionsminderungsplan für Dioxin fortgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.])

Die Basis dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, bildet das Bündnis der Vernunft hier in Nordrhein-Westfalen, eben Umweltpolitik, Umweltgesichtspunkte in der Industrietätigkeit zu berücksichtigen und die Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft zu organisieren. Das ist erfolversprechender als Konfrontation.

In vielen Fällen muß allerdings auch das vorhandene Ordnungsrecht verbessert werden. Ich nenne nur die Beispiele - und darüber haben wir in den letzten Tagen ja auch diskutiert -: Novelle zum Landesabfallgesetz, Landschaftsgesetz, Landesplanungs- und UVP-Gesetz. Und - das ist ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang - dabei wollen wir als Ziel die positive Wirkung dieser Gesetze für die Umwelt und gleichzeitig auch eine Entrümpelung und Beschleunigung von Verfahren betreiben.

(B) Die Ziele unserer Politik sind in den bisherigen Beratungen ja zum Ausdruck gekommen. Ich habe schon gesagt: Die Opposition hat lediglich überzogene oder allgemeine Forderungskataloge auf den Tisch gelegt, die wir alle abgelehnt haben und auch weiterhin ablehnen werden.

(Zurufe von CDU und GRÜNEN)

In Zeiten knapper Kassen muß man sich auf das Wesentliche beschränken. Das ist für uns im Haushalt 1991 die besondere personelle Verstärkung der wichtigen Sachbereiche Wasser, Abfall und Gewerbeaufsicht. 200 neue Stellen, 130 bei den Regierungspräsidien und 70 in der Umweltverwaltung, werden dafür sorgen, daß die Umweltgesetze dieses Landes sorgfältig vollzogen und auch in der gebotenen Kürze abgewickelt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte einen anderen Schwerpunkt unserer Umweltpolitik ansprechen: Es ist legitim und erforderlich, daß Umweltpolitik auch regionale Schwerpunkte setzt. Ein regionaler Schwerpunkt ist, daß wir uns in besonders belasteten Bereichen besonders anstrengen wollen.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, ich muß Sie noch einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen wollen.

Abgeordneter Dr. Kasperek (SPD): Nein, entschuldigen Sie bitte; aber der Geschäftsführer hat gesagt, wir müßten uns kurz fassen. Deswegen kann ich das leider nicht zulassen.

Also: Schwerpunkte setzen in besonders belasteten Regionen. Da nenne ich unser Ökologieprogramm für den Emscher-Lippe-Raum. Dort gibt es genügend Nachholbedarf. Ich meine, daß durch den ersten Schritt, durch die Internationale Bauausstellung, ein Instrument vorhanden ist, in das sich Umweltmaßnahmen besonders gut einfügen können. Mit der Schaffung zusammenhängender Naturräume, Grüngürtel, dem naturnahen Ausbau von Gewässern und Gewässerbereichen und den Auenprogrammen werden wir ein großes Stück Arbeit vor uns haben; aber dieser Raum, der besonders belastet ist, hat es auch verdient, daß wir dort Schwerpunkte setzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Geradezu ein Beispiel für diese Politik wird sein, daß wir die bisherige Kloake Emscher in einigen Jahren durch eine Riesenkraftanstrengung wieder zu einem funktionierenden Fluß machen werden. Ich bin ganz sicher, daß das auch klappen wird.

(D)

(Zuruf von den GRÜNEN)

Was hundert Jahre Industrietätigkeit an Spuren hinterlassen haben, das wollen wir in wenigen Jahren, in zehn bis fünfzehn Jahren, rückgängig machen, und die Anschubfinanzierung für 1991 ist mit 30 Millionen DM gesichert.

Ich möchte den anderen Schwerpunkt, den die Kollegin Schräps auch angesprochen hat, doch nicht unerwähnt lassen. Was Sie zur Abfallwirtschaftspolitik gesagt haben, das hat ja gerade nur so an der Oberfläche gekratzt und war nichts anderes als Tünche. Es ist ja auch einfach, hier im Landtag große Forderungen zu stellen, aber zu Hause vor Ort an der Spitze der Bürgerinitiativen gegen solche Anlagen zu stehen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

(A) (Dr. Kasperek [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ja hier in der Debatte zur Novellierung des Landesabfallgesetzes auch gesehen, daß einige Kollegen aus der Fraktion der GRÜNEN da doch etwas nachdenklicher geworden zu sein scheinen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein Schwerpunkt der zukünftigen Umweltpolitik der SPD-Fraktion wird sein, den Boden besser zu schützen. Es war schon längst Aufgabe der Bundesregierung, ein Bodenschutzgesetz einzubringen. Das ist bis heute nicht der Fall gewesen. Der jetzige Bundesankündigungsminister Töpfer

(Beifall bei den GRÜNEN)

hat auch zur Zeit nicht vor, dieses Gesetz einzubringen. Die SPD-Fraktion wird, wie schon angekündigt, einen eigenen Gesetzentwurf zum Bodenschutz einbringen.

Abschließend einige zusammenfassende Bemerkungen! Sie wissen, daß das, was wir in der Umweltpolitik diskutieren, aus unserer Sicht nicht isoliert nur als Reparatur, sondern als integrative Politik betrachtet werden muß - Wirtschafts- und Umweltpolitik -, und damit ergeben sich aus der Umweltpolitik, aus Umwelttechnologien auch große Chancen für Arbeitsplätze und für die wirtschaftliche Entwicklung. Im Ruhrgebiet sind Tausende von Menschen durch die Umwelttechnik beschäftigt. Aber es gibt noch eine Menge zu tun. Es gibt noch große Aufgaben für uns. Wir fordern Sie, Herr Minister Matthiesen, auf, Ihre Arbeit konsequent fortzusetzen. Unsere Hilfe ist Ihnen dabei sicher.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Dr. Schräps, Herr Kollege Dr. Kasperek hat zweimal erklärt, er wolle sich nicht unterbrechen lassen, und im Hinblick auf die begrenzte Redezeit kann man dafür Verständnis haben.

Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Kuhl für die Fraktion der F.D.P. aufrufen.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine

(C)

Damen und Herren! Das haben wir nun wohl in jeder Debatte zu jedem Haushaltsplan inzwischen gehört: Die Beschimpfungen des Bundes hören nicht auf, sie gehen ständig weiter. Herr Kasperek, bei Ihnen gerade auch.

(Zurufe von der SPD)

Was sich genauso fortsetzt: Die SPD dankt der Landesregierung, die Landesregierung dankt der SPD. Besser können Sie doch die Verfilzung überhaupt nicht mehr darstellen, die es doch auch hier zwischen der Landtagsfraktion und der Landesregierung gibt.

(Lachen bei der SPD)

Lassen Sie mich, Herr Kasperek, eines aufgreifen, was Sie gesagt haben. Sie wollen jetzt mit der Gewerbeaufsicht den Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen machen? Mit der Gewerbeaufsicht? Habe ich das wirklich richtig verstanden? Gewerbeaufsicht ist nach meinem Verständnis - auch nach dem der Beschäftigten - eigentlich überwiegend dafür zuständig, für die Sicherheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz zu sorgen,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

es sei denn, Sie meinen auch den Immissionsschutz, der im gleichen Bereich mit verankert ist. Dann müßten Sie das aber auch genau so darstellen.

(D)

Meine Damen und Herren, es gibt einen uralten Spruch, der da lautet: Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern. Inzwischen weiß ich, was noch viel älter ist, nämlich die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Minister Schwier: Die war auch nicht gestern.)

- Die war auch nicht gestern; da haben Sie völlig recht. Aber Sie können eigentlich jede nehmen, egal zu welchem Zeitpunkt, Herr Kollege Schwier. Ich will nur einmal mit Genehmigung des Präsidenten aus einer der vielen Regierungserklärungen zitieren, die der Ministerpräsident am 15. August 1990 abgegeben hat. Dort steht unter anderem zu lesen:

Wir werden das erfolgreiche Landesprogramm "Rationelle Energieverwendung und Nutzung

(A) (Kuhl [F.D.P.])

unerschöpflicher Energiequellen" vom Oktober 1987 fortschreiben und die Mittel erhöhen.

Dies hätte den ungeteilten Beifall der F.D.P.-Landtagsfraktion gefunden, wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, jetzt nicht selbst Ihren Ministerpräsidenten der Lüge strafen würden. Denn wir halten die Nutzung unerschöpflicher oder regenerativer Energiequellen oder, noch besser, erneuerbarer Energiequellen für einen sehr wichtigen Bestandteil im Bereich der Energiepolitik.

Ich komme darauf gleich noch einmal zurück und will hier einfügen, was auch immer wieder in den Zeitungen zu lesen ist, daß sich nämlich der Umweltminister dieses Landes mit Schlagzeilen brüstet, daß wir das sauberste Land in der Bundesrepublik seien, insbesondere im Bereich der Luftverschmutzung. Schauen Sie einmal in die wöchentlich erscheinenden "VDI-Nachrichten".

(Minister Matthiesen: Das haben Sie schon einmal gebracht!)

(B) - Das habe ich schon einmal gesagt, richtig. Das war genauso richtig. Schauen Sie doch jede Woche in diese VDI-Nachrichten. Sie werden ja jede Woche veröffentlicht, und Sie werden immer wieder feststellen, daß die guten Daten für saubere Luft eben nicht aus Nordrhein-Westfalen kommen, sondern aus anderen Bundesländern.

(Minister Matthiesen: Aus Schleswig-Holstein, von der Nordsee!)

Wir liegen im Mittelfeld. Das können Sie doch nicht abstreiten. Das ist nun einmal so. Insofern sollte man da etwas vorsichtiger sein.

Ich will Ihnen das aber nicht einmal zum Vorwurf machen, Herr Minister. Denn Sie allein können da sowieso nichts tun. Insofern sollten Sie hin und wieder der Bundesregierung doch einmal dankbar sein. Denn diese hat zum Beispiel auch die TA Luft erlassen, die auch bindend für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ist und letztlich auch mit dazu führt, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen bessere Luft haben.

Zurück zu dem, was ich eingangs gesagt habe! Ich warte nämlich immer noch auf die Mittel zur Erforschung und zur Nutzung alternativer Energien, die

(C)

laut Johannes Rau ja erhöht werden sollen. Das ist bisher nicht der Fall.

Wenn Sie über Energiepolitik hier reden - wir haben das auch gestern in diesem Hause gehört -, dann wird fast ausschließlich der Bereich der Kohlepolitik favorisiert. Machen wir uns doch nichts vor, meine Damen und Herren. Auch die F.D.P. will die Kohle durchaus erhalten. Was wir aber nicht wollen - und das sage ich ganz deutlich -: Wir wollen nicht die ganzen Dreckschleudern in den Einzelfeuerungsanlagen in den Haushalten in unserem Lande. Das sind in der Tat Dreckschleudern. Schauen Sie sich einmal um, wie viele Zigtausende wir davon noch in den ganzen Kolonien und in vielen Städten haben, in Dortmund, in Bochum, in Kamp-Lintfort. Diese müssen in der Tat weg, denn das sind Luftverschmutzer, die kaum noch zu stoppen sind.

Dann lassen Sie mich sagen:

Die Energieagentur NRW in Wuppertal hat ihre Arbeit aufgenommen. Wir werden die Entwicklung kommunaler Energiekonzepte weiter fördern.

Auch dies ist ein Zitat aus der Regierungserklärung vom August 1990.

(D)

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Trotzdem will ich Ihnen das hier sagen. Natürlich, das gehört mit in den Bereich des Wirtschaftsministers. Aber es hat auch etwas damit zu tun, was in der Umweltpolitik passiert. Darum erwähne ich es an dieser Stelle. Die Mittel für die Energieagentur sind nicht mehr da. Ich halte das für ein Versäumnis; auch der Umweltminister hat sich eben nicht im Kabinett durchsetzen können. Darauf, so meine ich, muß man auch in dieser Debatte ausdrücklich hinweisen. - Oder die Mittel für die Arbeitsgemeinschaft "Solar"! Ich will nicht näher darauf eingehen; auch in diesem Bereich findet nichts mehr statt.

Aufgrund der aktuellen Debatten über die Kohle möchte ich noch einmal sagen, daß die F.D.P. durchaus für den Erhalt von Kohlezechen in unserem Lande ist. Aber wir wissen, daß wir eben nicht alle Zechen erhalten können, und wir wissen auch, daß wir die Subventionen in diesem Bereich herunterfahren müssen. Daran führt kein Weg vorbei. Deshalb

(A) (Kuhl [F.D.P.])

will ich an dieser Stelle ganz bewußt - weil ich aus einer Kohlestadt komme - die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auffordern: Haben Sie einmal den Mut, ein klares Konzept zu entwickeln! Sagen Sie, wieviel von den mehr als 1 Milliarde DM Subventionen, die allein aus diesem Land kommen - 10 Milliarden DM zahlt der Bund -, Sie zu streichen bereit sind. Sagen Sie, welches klare und verantwortungsvolle Konzept Sie haben, sagen Sie, wie hoch die Fördermenge sein soll. Dann können wir uns sicherlich gemeinsam - auch mit der Bundesregierung - über diese Probleme unterhalten und überlegen, ob wir diese Gelder in erneuerbare Energien stecken sollten.

Ich will ein anderes Thema ansprechen, die Abfallentsorgung. Dieses Thema begleitet uns, solange ich hier tätig bin. Herr Minister, Sie haben gerade die Novellierung des Landesabfallgesetzes vorgelegt. Wir werden uns darüber sicherlich noch in epischer Breite unterhalten. Kurz vorher hat die F.D.P.-Fraktion einen Antrag zum Thema Sondermüll vorgelegt, insbesondere zu Standorten von Sondermüllverbrennungsanlagen. Ich sage noch einmal:

(B)

Es reicht uns nicht aus zu sagen, wir brauchen diese Anlagen in Regierungsbezirken, und deshalb sind die Bezirksplanungsräte und damit die kommunalen Vertreter verantwortlich. Nein, wir wollen - mit welchen Rechtsinstrumenten auch immer; ich betone dies - die Kommunen aus dieser Verantwortung entlassen, weil sie - und auch der Bezirksplanungsrat - nicht nur für ihre eigenen Bereiche zu planen brauchen, sondern weil hier für größere Gebiete geplant werden muß. Deshalb muß diese Entscheidung nach unserer Auffassung auf die Landesebene geholt werden.

Als wir den Antrag diskutiert haben, war ich zuerst sehr guten Mutes; denn die Debattenbeiträge von allen Fraktionen dieses Hauses waren durchaus positiv. In den Ausschußberatungen klang das aber dann schon ganz anders. Dort wurde deutlich signalisiert, daß man sich eben doch nicht über die Frage von einzelnen Standorten unterhalten will. Dort ist schon signalisiert worden, dies müßten die Kommunen bzw. die Bezirksplanungsräte und damit auch die Regierungspräsidenten letztendlich selbst entscheiden.

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Weil die zuständig sind, Herr Kollege!)

(C)

- Natürlich, das habe ich doch gesagt, Herr Kollege: Sie sind jetzt noch zuständig. Wir als Landesgesetzgeber haben aber die Möglichkeit, das auf die Landesebene zu holen - das ist das erklärte Ziel der F.D.P.-Fraktion -, damit wir endlich zu Entscheidungen kommen. Denn warum kommen wir nicht zu Entscheidungen? Weil die Akzeptanz in der Bevölkerung nach wie vor nicht vorhanden ist, weil die Kommunalvertreter vor Ort mit Blick auf den nächsten Wahltag und weil sie Angst haben, in ihrer Kommune nicht mehr die Mehrheit zu bekommen, nach dem Sankt-Florians-Prinzip verfahren.

Der Kollege Kasperek machte der CDU-Fraktion vorhin den Vorwurf, daß sie sich an die Spitze von Bürgerbewegungen stellt. Wo stehen Sie denn in Krefeld, in Kleve oder in Essen? Soll ich weitere Orte aufzählen? Dort stehen Sie an der Spitze dieser Bewegungen dagegen. Und hier im Landtag halten Sie genau die entgegengesetzten Reden. Ich bitte wirklich, hier stärker auf die Nuancierungen zu achten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will ganz kurz noch zwei Bereiche ansprechen. Auf den Haushaltsplanentwurf selber will ich gar nicht eingehen; Sie haben alle Änderungsanträge - wir haben diesmal bewußt nur Kürzungsanträge gestellt - abgelehnt, ohne groß darüber zu diskutieren. Ich will das hier auch nicht mehr tun.

(D)

Sie haben Kürzungen vorgenommen bei den Kläranlagen, bei der Entschlammung von Seen und bei den Abwasseranlagen. Ich hätte vollstes Verständnis dafür, daß Sie bei den Abwasseranlagen Kürzungen vornehmen, wenn Sie nicht gerade ein neues Gesetz gemacht hätten, das die Kommunen erheblich belastet. 20 % Verbesserung des Abwassers in Nordrhein-Westfalen kosten das gleiche wie die Verbesserung von 80 % des Abwassers in den neuen Bundesländern. Das sollte man sich auch einmal vor Augen halten und sich fragen, was letztendlich entscheidend und viel wichtiger ist: dort eine Verbesserung von 80 % oder hier eine von 20 %. Das Wasser bleibt nicht an den Landesgrenzen stehen, die Luft übrigens auch nicht. Das ist beim Umweltschutz nun einmal so.

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuhl, Sie müssen zum Schluß kommen.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Ich sehe, meine Redezeit ist zu Ende, Herr Präsident; ich komme deshalb zum Schluß. Ich will nur noch erwähnen, daß auch wir zum Schutz des Bodens einen Antrag gestellt haben. Der ist noch in der Beratung; der kommt also noch. Eine Vorreiterrolle des Landes Nordrhein-Westfalen sehe ich hier nicht; denn wir warten ja alle gemeinsam darauf, was der Bund dort tun wird. Was Sie machen wollen, ist, mehr Geld für die Abfallkampagnen der Landesregierung auszugeben. Dort wollen Sie kein Geld einsparen, sondern mehr Geld ausgeben, damit Sie die Schau besser gestalten können, nach dem Motto: The show must go on. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Mai, ich erteile Ihnen das Wort für die Fraktion DIE GRÜNEN.

(B)

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unseren Anträgen zum Haushalt ist von meiner Fraktion ein wesentlicher Schwerpunkt im Bereich des Umweltschutzes gesetzt worden; denn angesichts der ungeheuren Anstrengungen, die gerade im Energieland Nordrhein-Westfalen - wir haben es gehört - wegen des drohenden Treibhauseffektes im Bereich des Klimaschutzes auf uns zukommen, und angesichts der riesigen Abfallberge, die in NRW schneller wachsen und gefährlicher sind als anderswo, halten wir GRÜNE einschneidende Maßnahmen für notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Abfallbereich haben wir das jüngst mit der Vorlage unseres Entwurfs für ein neues und effizienteres Abfallwirtschaftsgesetz geleistet. Herr Matthiesen, in der Debatte zu diesem Gesetzentwurf haben wir von Ihnen inhaltlich überhaupt nichts gehört.

(Minister Matthiesen: Das war abgeschrieben von Bayern! Noch nicht einmal eine Eigenleistung!)

(C)

- Zeigen Sie einmal auf, wo das abgeschrieben ist und wo neue Akzente gesetzt worden sind! Wir können gern darüber debattieren. Das werden wir auch noch. Sie haben inhaltlich überhaupt nicht Position bezogen, Sie haben unter allem Niveau polemisiert und sich sozusagen verdrückt.

Im Energiebereich machen wir einen Vorstoß zum Beispiel mit der Abwärmeabgabe, die auch die notwendigen Mittel bereitstellen soll, um die Rekommunalisierung der Energieversorgungsstruktur und damit eine effizientere Energienutzung, mehr Energieeinsparung und die Einführung regenerativer Energien aktiv voranzutreiben.

Denn es braucht eine gewaltige Kraftanstrengung, um in Nordrhein-Westfalen den auch in der Regierungserklärung von Johannes Rau versprochenen grundlegenden Umbau der Energieversorgungsstruktur herbeizuführen. Wir müssen hier und heute schon handeln, um die von uns allen hier im Hause für notwendig gehaltene Reduzierung der CO₂-Emissionen um mindestens 30 % bis zum Jahre 2005 und darüber hinaus noch mehr erreichen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sehen an diesem Punkt auf seiten der Landesregierung so gut wie keine Aktivitäten, um dieser Herausforderung zu begegnen. Das ist ein Armutszeugnis.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil! Die SPD-Fraktion will alles: Sie will ein Höchstmaß an der Steinkohlenförderung wie auch das Maximum von weiterhin 120 Millionen Tonnen Braunkohlenförderung pro Jahr im rheinischen Revier. Das aber bedeutet das Weiterbetreiben der Kohlevorrangpolitik alter Art.

SPD und Landesregierung müßten aber den Mut haben, endlich von diesem Kohlevorrang Abschied zu nehmen und der Energieeinsparung, der Abwärmenutzung und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Markteinführung erneuerbarer Energien wirklich aktiv den Vorrang zu geben.

Mit der von uns vorgeschlagenen Abwärmeabgabe, die auch bei Ihnen schon diskutiert worden ist - ich habe das nachgelesen -, wie sie zum Beispiel auch die

(A) (Mai [GRÜNE])

SPD-Fraktion in Baden-Württemberg gefordert und vorgelegt hat, würde ein Anfang gemacht werden können.

Meine Damen und Herren, das Thema "Umweltabgaben" ist von unveränderter Aktualität, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesregierung die Einführung solcher Abgaben angekündigt hat.

Seitens der GRÜNEN liegen schon seit 1982 Konzepte und Anträge vor. Die anderen Parteien sind vor rund zwei Jahren gefolgt.

Angesichts der immer brisanteren Umweltsituation und des teilweisen Versagens der bisherigen Instrumente wie Grenzwerte und Auflagen ist dies, so meinen wir, unaufschiebbar. Es gilt, für Umweltnutzung, für Verbrauch und Umweltbelastung einen gerechten Preis zu fordern. Denn wer in Nordrhein-Westfalen die umstrittenen Grenzwerte und Auflagen einhält, kann Umwelt und Natur kostenlos nutzen und verschmutzen. Wer auf Umweltschutzmaßnahmen verzichtet, spart noch und erzielt Wettbewerbsvorteile. Umwelt wird vielfach als freies Gut betrachtet und behandelt.

(B)

Die Umweltabgaben, wie wir sie vorschlagen, ordnen aber die bislang externen Kosten dem Verursacher zu. Sie drängen den Abgabepflichtigen zu umweltpolitisch positiven Verhaltensänderungen, und sie erbringen einen Finanzbeitrag zur Minderung von Umweltschäden. Die Umweltabgaben sind so in der Lage, sowohl das Vorsorge- wie auch das Verursacherprinzip des Umweltschutzes in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Umweltabgaben sind aber auch ein marktkonformes, also mit den Mitteln des Marktes arbeitendes Mittel und nutzen den Preis als Steuerungsinstrument.

Wir GRÜNEN wollen in Nordrhein-Westfalen mit unserem Vorschlag für die Umweltabgaben, wie wir ihn vorgelegt haben,

- erstens den Verbrauch von Natur und Rohstoffen vermindern,
- zweitens die Schadstoffemissionen in Luft, Wasser und Boden eindämmen,
- drittens die weiterwachsenden Abfallmengen beschränken und zusätzliche Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen verhindern und

(Beifall bei den GRÜNEN)

- viertens die Sanierung vorhandener Umweltschäden finanzieren; auch hieran mangelt es in Nordrhein-Westfalen.

Auch die Luftschadstoffabgabe wird das Klima wirksamer schützen. Vor allem aber soll sie in Nordrhein-Westfalen die noch immer auf sehr hohem Niveau befindlichen Emissionen von Schwefeldioxid, Stickoxid und schwermetallhaltigen Stäuben sowie weitere umwelt- und gesundheitsgefährdende Emissionen deutlich reduzieren. Beispiele für die Luftschadstoffabgabe gibt es sowohl in anderen Industriestaaten wie Japan und Frankreich wie in Vorschlägen von GRÜNEN, aber auch von SPD-Fraktionen in anderen Bundesländern.

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]:
Hört, hört!)

Auch Sie, verehrter Herr Matthiesen, haben ja zu Beginn der Legislaturperiode hier im Hause für bestimmte Betriebe die Einführung einer landesweiten Luftschadstoffabgabe in Erwägung gezogen. Ich zitiere einmal mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Protokoll der Sitzung des Umweltausschusses vom 31. Oktober 1990, in der Sie auf meine entsprechende Nachfrage antworteten:

Abgaben können zu einem umweltbewußten Verhalten beitragen. Er

- gemeint ist Minister Matthiesen -

sei gegen eine Inflationierung, jedoch für einen gezielten Einsatz von Abgaben wolle er sich einsetzen. So könne er sich sehr wohl eine Luftschadstoffabgabe vorstellen, die darauf ziele, die in kleinen Mengen vorkommenden, aber in ihrer Wirkung äußerst schädlichen Luftschadstoffe zu reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus halte er eine Abgabe sowohl für Sondermüll als auch für Hausmüll, eine wie auch immer geartete Naturschutzabgabe, aber auch eine Abgabe für Massentierhaltung für durchaus überlegenswert.

(C)

(D)

(A) (Mai [GRÜNE])

In Ihren Leitlinien zur Umweltpolitik des Landes haben Sie die Luftschadstoffabgabe ganz gezielt auf Landesebene in Erwägung gezogen, Herr Minister. Ich frage Sie: Haben Sie sich in Ihrer Fraktion, im Kabinett nicht durchsetzen können, oder wollen Sie nicht mehr? - Selbst einige fortschrittliche CDU-Abgeordnete in diesem Hause haben im Umweltausschuß diese Abgabe nicht, wie Sie, abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn obwohl wir, Ihren Verlautbarungen nach zu urteilen, Herr Minister, in Nordrhein-Westfalen schon mit sauberen Flüssen und schadstofffreier Luft - wie wir es immer hören - nahe an paradiesischen Zuständen sein sollen, zeigen die Luftreinhaltepläne in Nordrhein-Westfalen immissionsseitig eine ganz andere Situation.

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Das ist ein Traumland!)

(B)

Insbesondere Grenzwertüberschreitungen bei Kurzzeitbelastungen sind in allen Belastungsgebieten festzustellen. Die Luftverunreinigung durch organische Verbindungen beeinträchtigen die Bürger unseres Landes ganz besonders. Wir sollten also nicht schönfärben, Herr Minister, sondern handeln. Gerade in Nordrhein-Westfalen ist eine Luftschadstoffabgabe notwendig. Gerade in Nordrhein-Westfalen aber hinken Umweltminister und SPD-Fraktion in der aktuellen umweltpolitischen Diskussion noch hinterher und verwerfen sogar die Vorschläge ihrer eigenen Genossen und Genossinnen in den anderen Bundesländern. Ja, sie werden nicht nur von uns GRÜNEN, sondern sogar auch von einigen CDU-Vordenkern noch überholt.

Dies gilt auch für die Grundwasserentnahmeabgabe, wie wir sie vorschlagen, die die Bundesländer Berlin und Hamburg bereits eingeführt haben. In Berlin wird seit 1990 eine Abgabe von 30 Pfennig pro m³ gefördert oder abgeleitetes Grundwasser erhoben, wobei 3 000 m³ je Nutzer bzw. der Eigenverbrauch in Gärtnereien und in der Landwirtschaft, die dem Wasserhaushalt unverändert wieder zugeführt werden, abgabefrei sind. In Hamburg wird seit Mitte 1989 Förderentgelt nach der bewilligten Grundwassermenge berechnet. Diese Regelung hat bereits zur Rückgabe umfangreicher unbefristeter Wasserrechte und zu

(C)

erheblichen Wassereinspareffekten anderer Art geführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Nordrhein-Westfalen würde solch eine Abgabe auf die Grundwasserentnahme vor allem die ungeheuren Grundwasserabsenkungen insbesondere im Braunkohlentagebau betreffen. Die billige Braunkohle, wie Sie sie, Herr Farthmann, ja immer wieder hervorheben, wäre eben nicht mehr so billig, wenn wir alle ökologischen Schäden - von der immensen Umsiedlungsproblematik einmal abgesehen - mit in den Preis hineinrechnen würden: von der Klimaschädigung angefangen über die Zerstörung der wertvollen Feuchtgebiete im Internationalen Naturpark Maas-Schwalm-Nette bis hin zur unwiderruflichen Vernichtung des größten Grundwasserreservoirs in Nordrhein-Westfalen in der niederrheinischen Bucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Braunkohlentagebaue im Rheinland vernichten mehr als 800 Millionen m³ wertvollen Grundwassers pro Jahr, so daß noch nach dem Jahre 2100 Ersatzwasser vom Rhein beschafft werden muß.

Auf der einen Seite kündigen Sie mit großem Bahei Feuchtwiesen-, Flußauen-, Ackerrandstreifen- und Flächenstilllegungsprogramme sowie das Ökodorf 2000 an, auf der anderen Seite wollen Sie als Minister die Vernichtung der Grundwasserlandschaft, die Zerstörung des Feuchtgebietnetzes und das Abräumen von mehr als einem Dutzend jahrhundertealter gewachsener Dörfer im Rheinland in Kauf nehmen. Herr Matthiesen! Wenn dies ein Minister zuläßt, dann - so sind wir mit vielen Bürgerinnen und Bürgern der Meinung - darf er sich nicht mehr Umweltminister nennen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie im Zuge der anstehenden Kabinettsumbildung konsequenterweise ins Wirtschaftsministerium wechseln. Eigentlich müßten Sie, wenn Sie hier am Pult stehen - wir haben das heute schon diskutiert - und über die Braunkohlenproblematik reden und von der gänzlich offenen Haltung der Landesregierung in Sachen Garzweiler II sprechen, einen hochroten Kopf kriegen und sich beschämt zurückziehen, denn wir wissen, daß Ihr Kabinettskol-

(A) (Mai [GRÜNE])

lege, Herr Staatsminister Clement, Aufsichtsratsmitglied der antragstellenden Firma Rheinbraun ist und nach Aktienrecht - Herr Vesper hat das gesagt - das Wohlergehen seiner Firma verfolgen muß.

Herr Minister Matthiesen! Sie sind im Begriff, Ihre Glaubwürdigkeit, die Sie noch in der Bevölkerung haben, und die der Landesregierung vollends zu verspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Matthiesen: Wenn Sie das sagen!)

Die von uns vorgeschlagene Grundwasserentnahme-Abgabe - ich komme zurück zum Haushalt - wäre in diesem Zusammenhang ein Signal, daß der Umweltminister dieses Landes und die Landesregierung der Ressource Grundwasser, dem Wasser als Lebensmittel Nummer eins, einen höheren Stellenwert einräumen und im Zweifelsfall dieser lebenswichtigen Ressource auch den Vorrang gegenüber dem risikoreichen Braunkohlenbergbau gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn zum Strom aus Braunkohle gibt es Alternativen, zu unserem Wasser aber nicht.

(B)

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Sehr richtig!)

So werden mit unseren Vorschlägen Gewerbe und Industrie durch die Abgabe angeregt, ihren Wasserverbrauch zu reduzieren bzw. auf die Nutzung von Oberflächenwasser umzustellen. Das Abgabenaufkommen ist dann zur Strukturverbesserung der Wasserversorgung und für Investitionshilfen für verschiedene Wassersparmaßnahmen zu verwenden.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Mai! Ihre Redezeit ist fast zu Ende.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Ich komme zum Schluß. - Herr Minister! Regelmäßig lesen wir in Ihrer Mitteilung, wie sich die Verschmutzung unserer Flüsse verringert hat. Wenn wir einen Blick in den Gewässergütebericht des Landesamtes für Wasser und Abfall werfen, werden andere Parameter deutlich. Wir finden schon Dioxin- und Furangelhalte in der

(C)

Lippe, der Sauerstoffgehalt nimmt ab, andere halogenierte Kohlenstoffverbindungen nehmen zu. Ich mache hier kein Katastrophenszenario auf, aber ich meine, diese Werte sind kein Grund für Ihre Schönfärbereien, sondern Grund für ein offensives und aktives Vorgehen, das auch das Einschlagen neuer Wege notwendig macht.

Ich weiß, daß es in der SPD-Fraktion recht viele Befürworter für diese Umweltabgaben gibt. Ich denke auch - ich mache einmal eine Wette -, in zwei bis drei Jahren werden wir über die ersten Umweltabgaben hier im Landtag auf Ihre Initiative hin debattieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Mai. - Für die CDU-Fraktion hatte die Kollegin Dr. Schraps noch einmal um das Wort gebeten. Ich erteile es ihr. Bitte schön.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich nicht noch einmal zu Wort gemeldet, wenn Herr Kasperek nicht mit unbegründeten Behauptungen hier aufgetreten wäre. Ich bedaure, daß er nicht im Raume ist.

(D)

Im Grunde genommen war seine Rede ein Spiegelbild der ministeriellen Darstellungen zum Umwelthaushalt. Er hat im Grunde genommen auch keine neuen Wege gezeigt und nur die üblichen Beschimpfungen auf die Bundesregierung von sich gegeben.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Dazu kann man gar nicht genug sagen!)

Das alles wäre überhaupt nicht schlimm; aber was ich von Herrn Kasperek verlange, ist eine Erklärung zu seiner Verquickung meines Namens mit der Behauptung, an der Spitze einer Bürgerbewegung zu stehen, die gegen Abfallentsorgung ist.

Ich stehe gerne an der Spitze von Bürgerbewegungen. Aber ich möchte hier doch ganz klar und deutlich sagen: Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie können die Dinge, die Ihre Partei zum Beispiel in meiner Heimatstadt tut, nicht mir in die

(A) (Dr. Schraps [CDU])

Schuhe schieben; Sie sind nämlich die Wankelmütigen; Sie stimmen hier seit Jahren pro und in der Heimatstadt kontra. Gehen Sie doch einfach mal in die Ruhrgebietsstädte. Wer steht denn dort an der Spitze der Bewegung und spricht hier dafür?

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Aber doch nicht die CDU!)

Ich meine, wir sollten doch klarstellen, wie die Situation ist. Sie sind diejenigen, die hier im Lande große Worte für eine Entsorgung sprechen und vor Ort immer dagegen sind. Und ich bitte Herrn Kasperek klarzustellen, wie er zu dieser Behauptung kommt, mir die Wankelmütigkeit seiner eigenen Fraktion in die Schuhe zu schieben. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Schraps. - Ich erteile nun Herrn Kollegen Uhlenberg von der CDU-Fraktion das Wort.

(B)

Abgeordneter Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir gehen vom Bereich Umweltschutz jetzt in den Bereich der Landwirtschaft über, ohne daß der Minister zu den eben gestellten Fragen eine Antwort gibt.

(Minister Matthiesen: Ich rede zum Schluß!)

Das paßt eigentlich nicht zu der breiten Thematik, die im Rahmen des Einzelplans 10 hier heute zu behandeln ist, aber es zeigt den Stellenwert, den die Landesregierung und auch die SPD-Mehrheitsfraktion dem Bereich der Agrarpolitik inzwischen beimißt.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Das ist doch alles Unsinn!)

Wir hatten früher mal ein eigenständiges Ministerium, inzwischen ist es eine Abteilung des Umweltministeriums geworden.

(Minister Matthiesen: Das reicht auch!)

Heute wird wieder einmal deutlich, daß man nicht bereit ist, die Landwirtschaft eigenständig zu behandeln, sondern sie einfach hinten dranhängt.

(C)

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

Es wäre schon sinnvoll gewesen, wenn der Minister auf die vielen Fragen, die eben gestellt worden sind, eine Antwort gegeben hätte.

Meine Damen und Herren, es wird gesagt, die Agrarpolitik werde doch in Brüssel und in Bonn gemacht, die Landespolitik besitze im Grunde keine Zuständigkeit mehr. Wir haben uns ja auch in den vergangenen Jahren weitgehend darauf beschränkt, auf Brüssel und Bonn zu schimpfen. Bei der SPD-Wählerklientel ist mit diesen Themen sowieso kein Staat zu machen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Ihnen laufen doch die Bauern in Scharen weg!)

Minister Matthiesen beschränkt inzwischen sein gesamtes Engagement in dieser Frage darauf, Präsidentengespräche zu führen und entsprechende Presseerklärungen abzugeben. Im übrigen überläßt er das Feld weitgehend seinem Staatssekretär Bentrup,

(Zustimmung bei der CDU)

der sicherlich vor den Vereinen, vor denen er spricht, immer schöne Reden halten kann,

(Abgeordneter Sohns [SPD]: Matthiesen ist der Vordenker!)

(D)

aber vom Desinteresse seiner eigenen Parteifreunde an diesem wichtigen Teil der Landespolitik immer wieder eingeholt wird.

(Abgeordneter Gorlas [SPD]: Es ärgert Sie, daß er ankommt!)

Dabei wäre auch in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Agrarpolitik einiges nötig und einiges möglich.

(Beifall bei der CDU)

Denn die Agrarpolitik kann natürlich immer weniger allein auf europäischer Ebene gemacht werden. Die Probleme zwischen England und Sizilien sind so groß, daß wir hier in der Tat wieder einer stärkeren Regionalisierung der Agrarpolitik das Wort reden müssen. Wenn auf der anderen Seite permanent von einer Regionalisierung der Wirtschaftspolitik gesprochen wird, dann wird speziell im Bereich Agrarpoli-

(A) (Uhlenberg [CDU])

tik in Nordrhein-Westfalen eine große Chance vertan. In anderen Bundesländern haben die Minister diese Chance inzwischen ergriffen.

Meine Damen und Herren, wir müssen dagegen feststellen, daß die nordrhein-westfälische Landespolitik in diesem Bereich gekennzeichnet ist vom Abbau einer leistungsfähigen Agrarverwaltung, von einem Landeswassergesetz, das in der Praxis unbrauchbar ist, wie auch wohl den Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion bei der Anhörung, die vor einigen Wochen stattgefunden hat, bestätigt worden ist.

Das wird schon alleine dadurch bestätigt, daß man noch nicht einmal in der Lage war, für das Konzept für diese Wahlperiode eine eigenständige Überschrift zu finden. Man hat es so gemacht wie im Grunde auch heute bei dieser Debatte: Man hat alles in den großen Topf hereingepackt, unter dem Motto: Leitlinien der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen 1990 bis 1995.

(B)

488 Millionen DM werden in Nordrhein-Westfalen für die Abwasserbeseitigung ausgegeben. Der Minister tritt in Werbebroschüren und regelmäßig vor der Presse auf und erklärt, was er in diesem Bereich alles geleistet habe. Aber der Eigenanteil des Landes beträgt ja nur 11 Millionen DM, meine Damen und Herren. Wenn dann noch die SPD-Landtagsfraktion daherkommt, natürlich an diese 11 Millionen DM nicht herangehen will und zur Realisierung von Abwasserbeseitigungsanlagen in Kleinkläranlagen, also zur Finanzierung von Toiletten, den Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe 1 Million DM wegnimmt von ihrem Etat, der zwischen Landesregierung und Kammern vorher durchgesprochen worden ist, dann zeigt das, wie kaltschnäuzig man in Nordrhein-Westfalen inzwischen an die Selbstverwaltungsorgane der Landwirtschaft herangeht.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies zeigt auch sehr deutlich, wie die Arbeit der Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen von seiten der Landtagsfraktion und des Ministers eingestuft wird. Denn ich kann mir bei dieser engen Verzahnung zwischen dem Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion und dem Ministerium überhaupt nicht vorstellen, daß diese Maßnahme nicht auch im einzelnen abgesprochen worden ist.

(C)

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Sohns [SPD]: Die bekommen doch 13 Millionen DM mehr!)

Noch ein Wort zu den Anträgen! Herr Kollege Gorlas, selbst ein so harmloser Antrag wie der, die Mittel für die Gewässerunterhaltung in Nordrhein-Westfalen nach Sparten getrennt im Haushaltsplan auszuweisen - sie sollen ja untereinander deckungsgleich bleiben -, konnte im Ausschuß nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion finden. Ich bedaure sehr - wir haben ja einigen Anträgen von Ihnen zugestimmt -, daß die SPD auch bei den Haushaltsplanberatungen inzwischen so unflexibel ist oder von der Fraktionsführung so stark an die Kandare genommen wird, Herr Prof. Farthmann, daß selbst bei gutgemeinten und in der Sache unumstrittenen Anträgen der Oppositionsfraktionen die Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion in den Ausschüssen nicht in der Lage sind, zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich auch ein Wort zu den Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN sagen. Es ist sicherlich das eine oder das andere dabei, Herr Kollege Martsch, über das wir uns verständigen könnten; einiges ist unschädlich; einiges ist sehr schädlich. Nur, wenn Sie das alles finanzieren wollen - z. B. durch 60 Millionen DM Stickstoffsteuer, für die es überhaupt keine gesetzlichen Grundlagen gibt -,

(D)

(Zuruf von der SPD: Es wird Zeit, daß es die gibt!)

dann wird schon alleine daran deutlich, daß das alles nicht so ernst gemeint war. Ich glaube, so ist das auch übergekommen. Aber wir sollten im Hinblick auf die Arbeit im Ausschuß im nächsten Jahr die Praxis sicherlich ändern.

Meine Damen und Herren, wir haben bei unseren Anträgen den integrierten Landbau in den Mittelpunkt gestellt. Der Minister hat heute für kommenden Dienstag eine Pressekonferenz wohl dazu angekündigt, wie das Konzept des integrierten Landbaus in Nordrhein-Westfalen stärker eingeführt werden kann.

(Minister Matthiesen: Da wissen Sie mehr als ich!)

(A) (Uhlenberg [CDU])

Ich hoffe zumindest, Herr Minister, da dieses Konzept ja nun seit Monaten von der Landesregierung angekündigt wird - auch Staatssekretär Bentrup sprach vor einigen Monaten von einem solchen Konzept, das in den Tagen danach vorgestellt werden sollte -, daß Sie die Chance am kommenden Dienstag nutzen, dieses Konzept des integrierten Landbaus für Nordrhein-Westfalen endlich auch der Öffentlichkeit vorzustellen.

Ich möchte an dieser Stelle Ihren Ministerialdirigenten Vogel zitieren:

Bei allen Erfolgen, die der kooperative und interdisziplinäre Forschungsansatz im Lehr- und Forschungsschwerpunkt für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft erbracht hat, bleibt die Schwerpunktaufgabe, gesicherte Forschungsergebnisse wirksam in die Praxis umzusetzen. Politik, Verwaltung, Beratung, Berufsbildung und Wissenschaft müssen diesen Prozeß besser als bisher organisieren.

Meine Damen und Herren, daran hapert es in Nordrhein-Westfalen.

(B) Unsere Anträge werden ja wohl zunächst abgelehnt. Aber ich hoffe, daß sie in der weiteren Arbeit des Ministeriums dann doch aufgegriffen werden, weil sie in der Sache sinnvoll sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einen sehr wichtigen Antrag verweisen, den wir heute hier zur Abstimmung stellen. Es ist der Antrag zum Thema "Nachwachsende Rohstoffe". Es ist kein Tick der CDU Nordrhein-Westfalens, daß dieser Antrag immer wieder aufgewärmt wird, sondern er ist das Ergebnis eines Berichts des Bundes und der Länder über nachwachsende Rohstoffe. Ich gehe davon aus, daß auch Nordrhein-Westfalen an diesem Bericht mitgearbeitet hat.

Wir müssen inzwischen feststellen, daß z. B. in Bayern im Jahre 1990 nachwachsende Rohstoffe mit einem Volumen von 430 Millionen DM gefördert werden, bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 700 Millionen DM. 35 größere Pilot- und Demonstrationsvorhaben sind dort angelaufen. Die Möglichkeiten, die wir heute im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe haben - sprich: Energie vom Acker -, werden ja alleine schon zu 50 % von der Europäi-

(C)

schen Gemeinschaft gefördert. Wir würden damit in den Bereichen des Umweltschutzes und des Naturschutzes, aber gerade auch für unsere Landwirtschaft, die ja dringend neue Perspektiven braucht, ein neues Feld eröffnen.

Herr Minister, ich bitte Sie - auch wenn dieser Antrag heute natürlich von der Mehrheitsfraktion wieder abgelehnt wird -, sehr dringend, sich mit diesem Thema näher auseinanderzusetzen. Ich hoffe, daß der Staatssekretär Ihnen dazu gerade auch noch wichtige Hinweise geliefert hat.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wir können es nicht mittragen, daß Nordrhein-Westfalen in dieser wichtigen Frage weiter Schlußlicht ist und die Chancen, die sich aus diesem Bereich für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ergeben, durch die Untätigkeit dieser Landesregierung nicht umgesetzt werden. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich bedanke mich beim Kollegen Uhlenberg und darf für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Sohns das Wort erteilen. Bitte schön!

(D)

Abgeordneter Sohns (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß wir Sozialdemokraten den Belangen des Natur- und Umweltschutzes auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten Vorrang einräumen, haben wir bei unseren Haushaltsanträgen und in den Ausschußberatungen deutlich gemacht.

Zwar konnten nicht alle unsere Wünsche hinsichtlich der Personalaufstockung erfüllt werden; doch wir haben als SPD-Fraktion gegenüber den Sparplänen der Regierung Stellenerhöhungen in wichtigen Bereichen durchsetzen können: So sind z. B. in der Lebensmittelüberwachung, in den Naturschutzgebieten, der Standortplanung und dem Biotopkataster, der Durchführung des Gewässerrenaturierungsprogrammes, der Forstverwaltung, den staatlichen Veterinäruntersuchungsämtern und dem Chemischen Landesuntersuchungsamt Stellenerhöhungen gegen die Stimmen der drei Oppositionsparteien durchgesetzt worden.

Wir haben diese Stellen im Gegensatz zur Opposition

(A) (Sohns [SPD])

für unverzichtbar in diesen für den Naturschutz und für den Verbraucherschutz wichtigen Aufgabengebieten gehalten.

Auch in unseren Anträgen zum Sachhaushalt des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft kam das Bemühen um eine sachdienliche, in wichtigen Bereichen Schwerpunkte setzende Politik zum Ausdruck: So ist z. B. die Erhöhung der Mittel zur Errichtung von Gemeinschaftstoiletten in bestehenden Kleingartenanlagen zur Abwehr der Gefahr von Gewässerverunreinigungen vorgesehen. Zur Deckung dieser Mittel wird der Ansatz bei den Finanzzuweisungen an die Landwirtschaftskammern entsprechend gekürzt.

Die Kammern erhalten trotz dieser Kürzungen, Herr Uhlenberg, in diesem Jahr gegenüber 1990 12,979 Millionen DM mehr an Landeszuweisungen. Tun Sie also hier nicht so, als wenn wir die Kammern abschaffen wollten. Das als Erläuterung, damit hier keine falschen Schlüsse gezogen werden.

Die von der F.D.P. beantragte Streichung von Mitteln für die Landesgartenschauen in Mülheim und Paderborn, den Erwerb von naturschutzwürdigen Flächen durch das Land und für Zuschüsse und Beiträge an Vereine und Organisationen haben wir abgelehnt.

(B)

Herr Uhlenberg, Sie sprechen hier von einer Abstimmungsmaschinerie und daß wir Sie niederreiten. Wenn Ihre Anträge vernünftig wären, dann könnten wir ihnen zustimmen.

(Beifall und Sehr richtig! bei der SPD)

Über die nachwachsenden Rohstoffe ist hier schon so oft gesprochen worden - es laufen auch entsprechende Anträge der SPD -, daß ich Ihnen nur eines sagen kann: Wir werden keine neuen Subventionstatbestände schaffen. Gewiß nicht! Es wird ja genügend geforscht, auch seitens der Industrie in Nordrhein-Westfalen. Warten wir doch erst einmal die Ergebnisse ab! Dann können wir darüber weiterreden. Wir werden uns den neuen Entwicklungen mit Sicherheit nicht verschließen. Aber es ist doch unnötig, hier neue Subventionstatbestände zu schaffen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Sohn, würden

(C)

Sie eine Frage des Abgeordneten Uhlenberg zulassen?

Abgeordneter Sohn (SPD): Nein, wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht. Ich will es auch im Interesse der Abgeordneten kurz machen. In der Antragsflut der Fraktion DIE GRÜNEN gibt es durchaus diskussionswürdige Denkansätze.

(Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zielsetzung ist in Teilen durchaus akzeptabel.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Hört! Hört!)

Wir erleben hier allerdings mit dieser Antragsflut im Landtag eine Premiere. Gesicherten Ausgaben - das ist heute schon mehrfach angeklungen - stehen fiktive Einnahmen gegenüber.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wieso sind die fiktiv? - Gegenruf des Ministers Matthiesen: Das werde ich Ihnen gleich erklären, wenn Sie es nicht begreifen!)

- Sie führen Einnahmepositionen an, denen jede rechtliche Grundlage, oft genug auch jeder Realitäts-sinn fehlt und die zudem auch noch falsch gerechnet und zu allgemein gehalten sind, Herr Dr. Vesper. Ich gestehe Ihnen den notwendigen Reifeprozess gerne zu. Sie befinden sich ja permanent in einem Selbstfindungsprozess zwischen Realismus und Fundamentalismus. Das führt zur Zeit augenscheinlich zu einer Phase des fundamentalen und blinden Aktionismus. - Ich danke Ihnen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Sohn. - Für die F.D.P. darf ich dem Kollegen Meyer das Wort erteilen. Bitte schön!

Abgeordneter Meyer (Westerkappen) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen wäre sicher sehr viel zu sagen, wenn die Zeit heute nicht so knapp wäre.

In den Anträgen der Fraktion der F.D.P. zum Einzel-

(A) (Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.])

plan 10 stehen unter "Personal" die kurzen und knappen Worte: Keine Antragsänderungsanträge im Personalhaushalt!

Wer die Lage bei uns und in den neuen Bundesländern kennt, der hat sicher Verständnis, daß die F.D.P. alle Möchtegernerweiterungen beziehungsweise -aufstockungen an Personal zugunsten der neuen Bundesländer hier und heute für das Jahr 1991 gerne abgeben würde. Herr Minister Matthiesen, der Sie immer von Solidarität und Freundschaft zu anderen sprechen, Sie werden sicherlich ein Jahr kurztreten können und Ihre Forderungen in Richtung Umweltpolitik, die Sie leider oft nur auf Kosten unserer Landwirte bzw. des ländlichen Raumes stellen, zurückstellen.

(Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Die Landwirte sind dem Minister dankbar!)

Uns würde aber auch kein Zacken aus der Krone brechen, wenn wir ein Jahr Enthaltbarkeit üben.

(B)

Ich komme nun zu den Sachanträgen: Im Kapitel 10 020 geht es unter den "Allgemeinen Bewilligungszuschüssen" um die Beiträge für Vereine und Organisationen, von denen auch Herr Sohns eben gesprochen hat. Wir haben gefordert, 1991 nicht aufzustocken und alles im gleichen Rahmen wie 1990 zu belassen. Dies hätte eine Ersparnis von 200 000 DM ergeben. Leider wurde diesem Antrag nicht zugestimmt.

Der zweite Antrag, dem alle Fraktionen zugestimmt haben, betrifft die Einrichtung einer Marketinggesellschaft für Holz und hat eine Größenordnung von 100 000 DM. Hierzu haben wir inzwischen unsere Meinung geändert. Ich habe mich im nachhinein noch einmal kundig gemacht. Schon bei den letzten Haushaltsplanberatungen sollte eine Einrichtung geschaffen werden, aber getan worden ist in der Zwischenzeit nichts. Wir sind der Auffassung, daß die Arbeitsgemeinschaft Holz in Düsseldorf, die in den letzten 30 Jahren alle Belange im Zusammenhang mit der Vermarktung von Holz zur Zufriedenheit erfüllt hat, weiterarbeiten und keine neue Firma, die entsprechende Kosten verursacht, entstehen sollte.

Unsere Anträge zur Kürzung der Mittel für die Landesgartenschauen - Herr Sohns hat sie bereits angesprochen; es geht um Kürzungen von 300 000 und 200 000 DM, die jeweils 10 % des Ansatzes ausma-

(C)

chen - wurden abgelehnt. Hierbei konnte ein kurioses Abstimmungsverhalten festgestellt werden, das wohl von Lokalpatriotismus geprägt war; denn die CDU war in ihrer Meinung sehr gespalten. An Sparen hat in diesem Zusammenhang aber auch niemand gedacht.

Der Antrag auf Streichung der Mittel für die Olympischen Reiterspiele in Aachen - es handelt sich um eine Summe von 2 Millionen DM - wurde einstimmig angenommen. Wenn es allerdings erforderlich wird, daß die Spiele in Aachen stattfinden, müssen Bund und Länder erneut Absprachen treffen.

(Abgeordneter Gorlas [SPD]: Das stimmt doch gar nicht, Herr Meyer. Die 2 Millionen sind nicht gestrichen worden, sondern sind nach wie vor im Haushalt. Wir haben nur die Fußnote geändert, so daß das Geld auch dann ausgegeben werden kann, wenn die Olympischen Reiterspiele in Aachen nicht stattfinden.)

- Nur wenn die Olympischen Reiterspiele dort stattfinden sollten. So haben wir uns geeinigt; jawohl, Herr Gorlas.

Für die Aufstockung von 1 Million DM für das Kleingartenwesen habe ich kein Verständnis. Diese Erhöhung sollte im Zuge der Sparmaßnahmen zurückgestellt werden. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeiten in den Ostländern ist das nicht notwendig. Hier könnte man sparen.

(D)

Allerdings können wir Ihren Deckungsvorschlag - Antrag Nr. 13 -, 1 Million DM aus dem Ansatz für die Landwirtschaftskammern zu nehmen, nur unterstützen; denn es paßt ohnehin nicht zusammen, die Landwirtschaftskammern mit immer mehr Geld auszustatten, während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe laufend abnimmt. Der Minister sollte einmal zu erkennen geben, wie er sich die Aufgabenstellungen für die Landwirtschaftskammern in Zukunft vorstellt; eine Menge der Aufgaben ist bereits an die LÖLF gegangen. Herr Minister, in diesem Bereich haben Sie einmal Schularbeiten zu machen.

Die Anträge 8 und 9 der CDU, die Herr Uhlenberg eben ansprach, betreffen zum einen den integrierten Landbau und zum anderen seinen Nachwuchs

(Minister Kniola: Seinen Nachwuchs? - Zuruf

(A) (Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]

von der SPD: Der hat schon Nachwuchs!)

- nein, nicht seinen Nachwuchs; Entschuldigung -,

(Allgemeine Heiterkeit)

nachwachsende Rohstoffe. Damit wird - man höre und staune - ein Blankoscheck über 30 Millionen DM beantragt - im Antrag 8 über 10 Millionen DM und im Antrag 9 über 20 Millionen DM. Das können wir natürlich nicht befürworten, wenn Sie uns nicht sagen, was mit diesem Geld geschehen soll und an welche Maßnahmen Sie denken.

Wir fordern dann die Kürzung des Ansatzes zum Erwerb von Grundstücken für Naturschutz und Landschaftsschutz in Höhe von 22 Millionen DM um 50 %. Wenn die Mehrheitsfraktion bzw. die Landesregierung unbedingt der Meinung sind, diese Grundstücke müßten vorgehalten werden, dann stehen wir nach wie vor zu unserer alten Forderung: Pacht statt Kauf; denn kaufen kann man die Grundstücke letzten Endes immer noch. Vor allem müßten wir darum bitten, Herr Minister, daß diese Flächen auch aus der Produktion genommen und nicht erneut verpachtet werden, um darauf Überschüsse zu erzeugen.

(B) Bei der Gelegenheit müssen wir an das Land, die Kommunen und sonstige öffentliche Institutionen appellieren, ihre Flächen aus dem Wettbewerb zu nehmen. Das ist eine alte Forderung der F.D.P., um der Überschußpolitik ein Ende zu bereiten. Dies zu erreichen ist für uns vorrangig, um so den Landwirten eine bessere Preisgestaltung zu ermöglichen.

Das Abstimmungsverhalten der SPD zu dem Antrag Nr. 12 von der CDU, den Herr Uhlenberg eben angesprochen hat, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich habe kein Verständnis dafür, daß die SPD ihn nur deshalb abgelehnt hat, weil die CDU angefragt hat, wo die Gelder für die Gewässer zweiter Ordnung bleiben und wie sie eingesetzt werden.

Den Antrag Nr. 13 - Kürzung des Ansatzes für die Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe - habe ich bereits erwähnt. Hier warten wir, Herr Minister, auf Ihre Aufgabenverteilung, wer für was zuständig ist: a) die Kammern, b) die LÖLF und c) die Landesämter für Agrarordnung.

(C)

Zu den Anträgen der GRÜNEN! Sie sind mit ca. 50 Seiten sehr umfangreich,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

aber so spät eingereicht worden, Herr Martsch, daß wir Ihnen nicht folgen konnten. Etwas verwirrend war es schon für mich, daß Sie im Ausschuß einer Gesamtabstimmung über das Paket zustimmten. Ich kann nur sagen: die Schularbeiten demnächst besser machen; dann kann man darüber reden. Aber so können wir dem nicht zustimmen.

Wir lehnen den Einzelplan 10 ab, bitten aber die Mehrheitsfraktion, sie möge noch einmal ernsthaft über unsere Sparvorschläge nachdenken. - Schönen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Kollege Meyer. - Für die Landesregierung erteile ich - -

(Minister Matthiesen: Erst Herr Martsch!)

- Herr Martsch, Entschuldigung.

(D)

Kollege Martsch von der Fraktion DIE GRÜNEN, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Martsch (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Minister, wohl bekomm's! Ich finde es auch sehr freundlich, daß Sie auf meine Ausführungen nicht verzichten wollen. Es sind bestimmt viele anregende Stichworte für Ihre späteren Ausführungen darin enthalten, obwohl ich es bedaure, daß ich Ihnen anschließend nicht erwidern kann; aber wir haben vielleicht später noch Gelegenheit dazu.

Ich muß ganz ehrlich gestehen, auch wenn sich der Saal wieder etwas gefüllt hat: Ich habe heute im Verlauf des Tages überlegt, ob es überhaupt noch einen Sinn macht, diese wohlfeil vorbereitete Debatte hier zu führen. Ich glaube, daß der heutige Tag kein Ruhmestag für dieses Haus, für dieses Parlament gewesen ist

(A) (Martsch [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der F.D.P.)

und sicherlich einen entsprechenden Eindruck in der Öffentlichkeit hinterlassen hat. Ich muß sagen, heute ist bei mir ein gehöriges Stück Respekt vor dem Parlamentarismus verlorengegangen, und ich glaube auch nicht, daß er wiederhergestellt wird - heute. Dies vorweg.

Ich denke, diese ganze Haushaltsdebatte, Herr Minister, wäre eigentlich eine Debatte über Landwirtschafts- und Agrarpolitik wie so viele, wenn es nicht einen kleinen Unterschied gäbe. In der Haushaltsdebatte schlägt die Stunde der Wahrheit für alle: was man denn von den schönen Sonntagsreden, die so im Verlauf des Jahres im Lande gehalten werden, auch finanzpolitisch umsetzen möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daran läßt sich dann erkennen, wie groß denn der politische Wille ist, dieses oder jenes zu tun. Hier wurde eben schon von allen Vorrednern gesagt, daß zum Beispiel Ihre Fraktion, die Mehrheitsfraktion, im Ausschuß den Antrag gestellt hat, eine Million DM für Kleingärtner zur Verfügung zu stellen, und diese Million soll weggenommen werden, und zwar den Landwirtschaftskammern. Es stellt sich natürlich die Frage: Sind Sie Landwirtschaftsminister, oder sind Sie Kleingärtnerminister?

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch die Frage: Welche Interessen haben Sie zu vertreten? Beides? Ja; aber - ich habe mir viel aufgeschrieben, aber wir wollen einmal ganz einfach reden - es geht doch darum, daß Sie den Spagat, der nötig ist, wenn Sie "beides" sagen, in der Vergangenheit nicht geschafft haben, und den werden Sie auch in der Zukunft nicht schaffen. Sie können nicht Diener widerstreitender Interessen sein. Dabei fällt man immer auf die Nase -, ich vielleicht auf den Bauch; Sie fallen dabei auf die Nase, und so ist doch auch Ihre Landwirtschaftspolitik, Ihre Naturschutzpolitik in diesem Lande zu beurteilen. Sie fallen tagtäglich auf die Nase, weil Sie ankündigen, weil Sie große Versprechungen im Lande machen, weil Sie die Rolle des Ronald Reagan von Nordrhein-Westfalen spielen wollen: immer schön lächeln und strahlen, es allen recht machen; aber so geht es nun einmal nicht.

(C)

Sie mögen ja im Ausschuß - wenn ich Sie zitieren darf - mir entgegenhalten, unsere Anträge seien unseriös, weil, wie eben auch gesagt wurde, es angeblich fiktive Deckungsvorschläge für reale Ausgaben seien. Das ist ja eine Frage der politischen Bewertung, ob diese Deckungsvorschläge reell sind oder nicht. Darüber kann man hier im Hause streiten.

Worüber man nicht streiten kann, ist, wie Sie Deckungsvorschläge machen, wenn Sie für die Milchquoten-sonderaktion, die wir auch begrüßt haben, oder für den Aufkauf und die Vergabe im Feuchtwiesenschutzprogramm Mittel nehmen, über die Sie überhaupt kein Recht haben zu verfügen, bevor der Ausschuß darüber beraten hat, und dann schon in der Presse vermelden: Matthiesen war wieder einmal ganz vorn und hat Geld für den Naturschutz gegeben!

Was Sie hier tun - und dafür habe ich großes Verständnis -, das war die Aufgabe, weshalb Sie nach Nordrhein-Westfalen geholt wurden, nämlich die GRÜNEN, das Original der ökologischen Politik, möglichst klein zu halten oder möglichst aus dem Parlament herauszuhalten. Das ist Ihnen ja auch jahrelang gelungen. Dazu kann man Sie beglückwünschen, und damit haben Sie für Ihre Fraktion, Ihre Partei große Verdienste erworben. Aber seit dem 19. Mai des letzten Jahres ist das vorbei.

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schon seit dem 13. Mai!)

Wollen wir doch einmal zählen. - Das war Ihre erste Bankrotterklärung gegenüber Ihrem Auftrag, die GRÜNEN kleinzuhalten. Ich habe auch großes Verständnis dafür, gerade im Rahmen der Agrarpolitik, daß Ihnen der Arsch auf Grundeis geht - wie man auf dem Lande so schön sagt -, weil die Leute im Lande tatsächlich unterscheiden können, was Original und was Plagiat ist. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ja Verständnis dafür, daß das vielleicht zur Erheiterung führt, was ich sage, obwohl das ernst gemeint ist; aber ich würde trotzdem um etwas mehr Ruhe bitten, denn ich bin noch nicht am Ende, ich habe noch fünf Minuten Zeit. Hören Sie mir also bitte diese Zeitlang noch zu.

Es geht um nicht weniger und nicht mehr als um die Frage: Wie kann in Nordrhein-Westfalen Agrarpolitik so gestaltet werden, daß es eine existentielle Zukunft für die bäuerlichen Betriebe und gleichermaßen natur-

(A) (Martsch [GRÜNE])

schutzorientierte Politik gibt? Dies muß eine Einheit sein und darf nicht auseinandergerissen werden: hier ein paar Quadratmeter Feuchtbiotop und da intensivste, chemisierte Landwirtschaft und Massentierhaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das aber ist genau Ihre Politik. Es nützt überhaupt nichts, wenn wir auf zwei oder drei Prozent der Fläche mit hohem finanziellem Aufwand, wie Sie es betreiben, Naturschutzfläche herstellen, und der ganze Rest geht vor die Hunde und wird früher oder später stillgelegt. Das kann keine ökologisch und sozial orientierte Politik sein.

Ich will gern zugestehen - damit die Kollegen der CDU-Fraktion und Kollege Uhlenberg auch ihr Fett abbekommen -, daß Agrarpolitik natürlich nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in erster Linie in Bonn und Brüssel gemacht wird; das ist vollkommen klar. Aber es ist ein Ammenmärchen, das ich seit zehn Jahren landauf, landab höre - von Ihnen auch -, daß Agrarpolitik nur da gemacht wird. Es gibt Hunderte von Verordnungen und Gesetzen und Erlassen, mit denen Sie als Ministerium in die Landwirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen eingreifen und damit Politik machen. Ihr Haushaltsansatz hier ist aktive Agrarpolitik, aber eben keine Agrarpolitik zugunsten der Bauern und Bäuerinnen in diesem Land, sondern zu ihren Ungunsten, ist eine Politik, an deren Ende ganz klar die Vernichtung bäuerlicher Existenzen und die weitere Vernichtung von ökologischen Zusammenhängen sowie ein Schaden für den Naturschutz herauskommt. Das ist das Resümee, das man ziehen muß.

Wenn Sie dann unsere Vorschläge - ich habe noch drei Minuten - zur Einführung einer Stickstoffabgabe, zur Einführung von Pflanzenschutzmittelabgaben und anderen marktkonformen Mitteln als Unsinn abtun - ich will Ihren eigenen Ausführungen nicht vorgreifen; aber ich weiß schon, wie aufgeregt Sie seit Tagen sind, daß Sie heute darüber reden müssen, das haben Sie mir gestern abend selber gesagt -,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn Sie also dies alles als Unfug abtun, dann will ich Ihnen ganz klar sagen: Der Unterschied zwischen

(C)

uns beiden in dieser Politik besteht schlicht und ergreifend nicht nur darin, daß Sie mehr reale Macht haben als ich und ich die besseren Ideen; der Unterschied besteht darin, daß unser Ansatz flächendeckend ist; wir wollen, daß bei der bäuerlichen Produktion in Nordrhein-Westfalen auf der gesamten Fläche Naturschutz und Wasserschutz stattfindet,

(Beifall bei den GRÜNEN)

daß es aber keine "Spielwiesen" gibt, auf die sich die Bauern, wenn Kollegen Ihrer Partei aus dem Ruhrgebiet aufs Land fahren, weil sie mal ein bißchen frische Luft schnuppern wollen,

(Zuruf der Abgeordneten Scheffler [GRÜNE])

in der Tracht hinstellen und zur allgemeinen Erheiterung mit dem Kopf nicken. Eine solche Agrarpolitik stellen wir uns nicht vor. Wir wollen die Bauern und die Bäuerinnen in der Produktion. Sie sollen aus dieser Produktion Einkommen erwirtschaften und dabei auch Naturschutz betreiben.

Ich komme zum letzten Punkt, der von uns geforderten Massentierhaltungsabgabe. Diese unterscheidet sich von Ihrer Gülleverordnung in der Tat erheblich. Sie machen Krisenmanagement: Hier ein bißchen Beton vor den Hof und da ein bißchen Beton vor den Hof, damit die Gülle bestimmte Zeit gelagert werden kann, und dann wird sie unabhängig von den klimatischen Bedingungen ausgebracht. Wir wollen die Gülle reduzieren. Wir wollen, daß sich Massentierhaltung ökonomisch nicht mehr lohnt. Wir sind da sehr liberal, wir überholen sogar die F.D.P. in dieser Frage. Wir sind so liberal, daß wir nicht von einem "Verbot", sondern von einer "marktwirtschaftlichen Abgabe" sprechen, die dazu führt, daß sich Massentierhaltung nicht mehr lohnt und daß statt dessen - -

(D)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schmidt: Augenblick bitte, Herr Martsch! - Meine Damen und Herren, das Volksgerummel nimmt derartige Ausmaße an, daß es uns schwerfällt, dem Kollegen Martsch zuzuhören. Ich bitte Sie um Konzentration. - Bitte schön, Herr Martsch!

(A)

Abgeordneter Martsch (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! - Sie tun sich selbst keinen Gefallen, meine Damen und Herren. Meine Ausführungen sind so interessant; hören Sie bis zum Ende zu, damit Sie Ihren eigenen Horizont erweitern können.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Gorlas [SPD]: Wenn Sie es noch einmal sagen, glauben Sie es selbst!)

Es geht schlicht und einfach darum, daß mit dem Instrument der Massentierhaltungsabgabe, wie wir es vorschlagen, dafür gesorgt wird, daß sich Massentierhaltung nicht mehr lohnt und daß sie bestraft wird, daß auf der anderen Seite aber Betriebe, die darauf verzichten, dafür belohnt werden, daß sie nach der altbewährten bäuerlichen Weise für Festmist sorgen. Deshalb haben wir das Festmistprogramm gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß. Herr Matthiesen, ich will nicht verhehlen, daß es, wie es der Kollege Sohns gesagt hat, den einen oder anderen Ansatzpunkt und Vorschläge von Ihnen gibt, über die wir diskutieren könnten. Es gibt sicherlich auch das eine oder andere Lobenswerte an Ihrer Tätigkeit. Wir sind da ganz objektiv und sachlich.

(B)

(Zurufe von der SPD)

Nur: Die Richtung ist leider verkehrt. Um es mit einem alten Zitat von Franz Josef Strauß zu sagen: Wenn ein Zug in die verkehrte Richtung fährt, ist jeder Bahnhof verkehrt. Setzen Sie Ihren Zug also auf die richtigen Gleise, dann können Sie mit uns rechnen. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Martsch. - Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Klaus Matthiesen das Wort.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich angesichts der

(C)

fortgeschrittenen Zeit auf ganz wenige Bemerkungen konzentrieren.

(Abgeordnete Scheffler [GRÜNE]: Schade!)

- Reizen Sie mich nicht durch Zwischenrufe, dann wird es länger!

(Zurufe von den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich bin ganz still!)

Ich möchte mit folgender Feststellung beginnen: Ich weiß sehr wohl, daß gerade wir in einem Industrieland, das eine über hundertjährige Industriegeschichte auf dem Buckel hat, ökologisch noch eine Menge zu tun und auch zu sanieren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage aber genauso deutlich und mit einem gewissen Stolz, daß die von der Landesregierung und von der Mehrheitsfraktion betriebene ökologische Erneuerung unseres Landes auf allen Gebieten sichtbare Erfolge gehabt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind stolz darauf, daß wir auf manchen Gebieten nicht nur führend sind, sondern auch Vorbildfunktion haben.

(D)

(Zuruf der Abgeordneten Scheffler [GRÜNE])

Ich freue mich zum Beispiel, wenn Herr Ministerpräsident Biedenkopf aus Sachsen, der mit meinem Kollegen Einert auf der Leipziger Messe eine Umweltausstellung von Nordrhein-Westfalen eröffnet hat, die ökologische Umgestaltung Nordrhein-Westfalens als Vorbild für die ökologischen Notwendigkeiten des Industrielandes Sachsen darstellt.

(Bravo! und Hört, hört! von der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Herr Linssen, das bedeutet nun nicht, daß ich damit sage: Wir wollen uns damit zufriedengeben. Es ist aber schon wichtig, daß unser Land durch aktive Umweltpolitik, durch kalkulierbare Rahmenbedingungen, durch die Schaffung entsprechender Märkte, durch öffentliche Investitionsprogramme und durch die Anwendung von Ordnungsrecht heute auf vielen

(A) (Minister Matthiesen)

Gebieten der Umwelttechnologie einen Spitzenplatz weltweit hat.

Damit beantworte ich Ihre erste Frage, Frau Dr. Schraps, die ja etwas polemisch gedacht war - unter dem Motto: Jetzt will der Matthiesen noch mehr Ausstellungen machen! Antwort von mir: ja. Wir waren mit einer Umweltausstellung in Korea, und wir gehen nach Leipzig, um nachzuweisen, daß wir es können, und um gleichzeitig für Umwelttechnologien "made in Nordrhein-Westfalen" weltweit zu werben. Das ist ein gutes Markenzeichen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich werden wir die Abfallkampagne fortsetzen, Frau Dr. Schraps. Wir werden das übrigens in der gleichen Weise tun wie mein baden-württembergischer Kollege Vetter, der für eine "Vermeidungskampagne Sonderabfall" mehrere Millionen in seinem Kabinett lockergemacht hat. Eine Expertise, die er sich hat erarbeiten lassen, stellt nämlich fest, daß in der Öffentlichkeit und teilweise auch in der Kommunalpolitik Verwirrung über die Notwendigkeiten der Sonderabfallentsorgung besteht. Deshalb sagt Herr Vetter: Ich muß eine richtige Aufklärungskampagne machen.

(B)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Bei Sonderabfall!)

- Richtig! Und was der Vetter in Baden-Württemberg kann, das kann der Matthiesen in Nordrhein-Westfalen im Hausmüllbereich allemal. Punkt!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nun zum Verpackungsmüll und zum Müllproblem.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Ich leugne nicht die Probleme, aber stellen Sie uns nicht immer als Entwicklungsland dar! Wir haben unsere Probleme, aber verglichen mit anderen Bundesländern stehen wir verdammt gut da. Morgen früh kommt im Bundesrat der Schwur: Morgen früh wird im Bundesrat die sogenannte Verpackungsverordnung der Bundesregierung beraten.

Sie ist für viele Länder, vor allen Dingen für Nord-

(C)

rhein-Westfalen, im jetzigen Entwurf nicht zustimmungsfähig. Wissen Sie warum? Weil wir nicht mit uns machen lassen, daß die ganzen Verpackungsmaterialien, eingesammelt über das sogenannte duale System, nicht der stofflichen Wiederverwertung zugeführt werden, sondern in neuen notwendigen Müllverbrennungsanlagen landen.

(Beifall bei der SPD)

Mit uns nicht! Deshalb wird es morgen zum Schwur kommen, ob sie dem Vorschlag Nordrhein-Westfalens in Form eines Antrags morgen im Bundesrat zustimmen, verbindlich für Verpackungsmaterialien die stoffliche Verwertung vorzuschreiben.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Schraps [CDU])

- Nein, ich sage Ihnen das nur deshalb, damit Sie endlich einmal sehen: 40 % unseres Mülls bestehen aus Verpackung. Für die Eindämmung dieses Verpackungsunwesens oder des Umverpackungsunwesens ist nicht diese Landesregierung zuständig, sondern da muß es endlich eine anständige Verordnung der Bundesregierung geben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Matthiesen, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Lindlar?

(Minister Matthiesen: Ja, gerne!)

Abgeordneter Lindlar" (CDU): Herr Minister, gestehen Sie mir zu, daß Ihr Kollege auf Bundesebene, Herr Dr. Töpfer, das Ziel der Verpackungsverordnung im gleichen Sinne mehrfach beschrieben hat, wie Sie das jetzt formuliert haben?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Also, er hat es zwar beschrieben - da stimme ich Ihnen zu -, aber leider hat er sich im Kabinett gegenüber der F.D.P. - Lambsdorff im Hintergrund - und der Verpackungsindustrie mit einer solchen notwendigen Vorrangformulierung für stoffliche Verwertung nicht durchsetzen können. Das ist die bittere Wahrheit.

(A) (Minister Matthiesen)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

- Ja, das ist die bittere Wahrheit.

Das zweite, Frau Dr. Schraps, wo es zum Schwur kommt, ist morgen früh die notwendige Kennzeichnungspflicht, die wir auch beantragen werden.

Für mich ist es unerträglich, daß wir ständig über die Zwänge im Entsorgen von Kunststoff oder die Recyclingprobleme innerhalb des Kunststoffkreislaufes lamentieren. Wer recyceln will, muß Kunststoffe kennzeichnen, sonst ist das Ganze nichts wert. Deshalb wird es auch morgen an diesem Punkt zum Schwur kommen. Werden diese beiden Punkte morgen nicht mehrheitsfähig, wird Nordrhein-Westfalen der Verpackungsverordnung nicht zustimmen - selbst wenn sie dann an den Stimmen Nordrhein-Westfalens scheitern sollte und der Umweltminister Töpfer einen neuen Anlauf zu machen hat.

(Beifall bei der SPD - Beifall und Zuruf des Abgeordneten Mai [GRÜNE])

(B)

- Verehrter Herr Mai, nachdem Sie jetzt mehrfach so heftig Beifall geklatscht haben - ich finde, auch zu Recht -, komme ich zu Ihnen, was die Abgaben anbelangt. Sie tun ja so, als hätten wir da Nachhilfeunterricht nötig. Umgekehrt wird doch ein Schuh daraus. Als GRÜNE-Partei waren Sie doch ganz erschrocken, als die Sozialdemokratie mit dem Programm "Fortschritt 90" ein Ökologiefeld besetzte, wo Sie das Gefühl hatten, jetzt würden Sie hinterherlaufen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Moment! Die Abgaben, die Sie beschreiben, können Sie woanders nachlesen. Im Grundsatz - das sage ich - habe ich mit Ihnen überhaupt keinen Auffassungsunterschied. Diese Abgaben sind strategisch richtig; wir haben sie auch genannt und in der Partei beschlossen. Abgaben sind ordnungspolitisch sehr wohl in der Lage, zugunsten von mehr Ökologie durchzusteuern.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sagen Sie das mal Herrn Schleußer!)

Nur: Diese Abgaben müssen Sie natürlich bundesweit

(C)

einführen, und Sie müssen sie teilweise europaweit einführen. Wo kommen wir denn da hin - -

(Zurufe von den GRÜNEN: Warum?)

- Weil es nicht angehen kann, daß jedes Bundesland

(Erneute Zurufe von den GRÜNEN)

- Moment! - eine Fülle von Abgaben macht. Man kann eine Sondermüllabgabe machen oder eine Lizenzgebühr erheben wie in Nordrhein-Westfalen, aber nicht die ganze Fülle. Herr Martsch, das müßten Sie wissen. Wenn Siggi Martsch in Borken - oder in welchem Kreis Sie wohnen - die Stickstoffabgabe zu zahlen hat durch eine NRW-geprägte und NRW-spezifische Stickstoffabgabe, die rechtlich auch gar nicht ginge, wäre Siggi Martsch der erste, der, um Betriebskosten zu senken, mit dem Trecker nach Holland fährt und sich dort den Stickstoff kauft, weil er dort billiger angeboten werden kann.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Matthiesen, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Busch?

(Minister Matthiesen: Gerne!)

(D)

- Bitte schön, Herr Busch!

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Vorschläge, die Sie in dem Konzept "Fortschritt 90" ausgebreitet haben, bereits, und zwar mehr als das, in unserem Umbauprogramm von 1986 enthalten waren, daß Sie in Ihrem Konzept aber das Prinzip der Ökoabgabe verletzt haben, indem Sie nämlich das Aufkommen dieser Abgabe eben nicht für ökologische Zwecke verwenden, sondern direkt in die andere Tasche der Bürger zurückfließen lassen wollten und daß eben genau dieses Prinzip bei der Stickstoffabgabe bedeutet, daß die Bauern, die weniger als einen bestimmten Satz düngen, mehr zurückbekommen, sozusagen noch einen Vorteil erhalten, belohnt werden über die Abgabe? Daß dies also geradezu das Prinzip der Stickstoffabgabe ist und ökologisch wirtschaftende Betriebe eben nicht geschädigt werden, wie zum Beispiel der Betrieb des Kollegen Martsch?

(A)

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister!

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Sie liegen deshalb falsch, weil Sie das Aufkommen aus den Abgaben mit der Wiederverwendung des Aufkommens aus der Mineralölsteuer verwechseln. Aber das macht ja jetzt nichts. Ich will Ihnen nur sagen, daß Sie mich daran erinnern, wie Klein-Fritzchen Haushaltspolitik macht, indem Sie offenbar so fundamentalistisch, wie manche von Ihnen veranlagt sind, fiktive Abgaben erfinden, 650 Millionen DM als Einnahme aufschreiben und sich dann anschließend der Realo-Flügel hinsetzt, um damit reale Ausgaben zu decken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

- Schreien Sie doch nicht so. Das ist Klein-Fritzchen-Haushaltspolitik. Ich sage nur folgendes: Stellen Sie sich vor, Sie wären an der Regierung hier beteiligt - unser Land wäre in zwei Jahren finanziell kaputt, wenn es solche Geschichten gäbe. Das ist ja schrecklich.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Nun ein Wort zur Landwirtschaft! Meine Damen und Herren, der neueste Agrarbericht der Bundesregierung zeigt - -

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Busch, bitte nicht. Mir läuft auch jetzt die Zeit davon. Sie wissen, ich habe Spaß daran.

Vizepräsident Schmidt: Keine Zwischenfragen!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Glauben Sie mir wirklich, ich habe Spaß an Ihren Zwischenfragen, aber ich muß auf die Zeit achten.

Der neueste Agrarbericht der Bundesregierung zeigt, daß Nordrhein-Westfalen in der Einkommensstatistik

(C)

für unsere Landwirte nach Schleswig-Holstein und vor Niedersachsen an zweiter Stelle liegt. Wenn das alles durch diese schreckliche Landespolitik so mies wäre und wir nur noch die Bauern strangulieren oder, wie Siggi Martsch sagt, Existenzen vernichten

(Abgeordneter Martsch [GRÜNE]: Richtig.)

- ja, ja, Unsinn ist das -, dann würde es unseren Bauern "nicht noch relativ gut" gehen.

Ich füge hinzu: Trotz dieser Einordnung in die Einkommensentwicklung haben unsere Landwirte natürlich Sorgen. Aber unser Konzept, Agrarpolitik mit einer aktiven Naturschutzpolitik zu verbinden und für ökologische Dienstleistungen ökonomische Ausgleichszahlungen zu gewähren, ist angesichts der Misere der europäischen Agrarpolitik mit einem Haushaltsansatz von jährlich rund 80 Millionen DM ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Landwirten und der Natur und für dieses Land Nordrhein-Westfalen eine große, anerkennenswerte Kraftanstrengung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Martsch und Herr Uhlenberg, ich bin ja insofern froh, als wir heute wissen, daß die EG-Kommission mit ihrem Grundsatzpapier zur Reform der europäischen Agrarpolitik in dieselbe Richtung denkt. Insofern hat Nordrhein-Westfalen konzeptionell auf vielen Gebieten auch hier wiederum eine Vorreiterrolle gespielt.

(D)

Ich darf aber hinzufügen: Die wirkliche Sorge für die Existenzen der Landwirte ist nicht die eine oder andere Landesverordnung - lassen wir die Tassen im Schrank! -, sondern die wirkliche Existenzgefährdung geschieht augenblicklich im Zusammenhang mit der GATT-Runde und den notwendigen europäischen Reaktionen darauf durch Subventionsabbau und Lockerung des Außenschutzes. Die wirklichen Probleme unserer Landwirte erhöhen sich durch die deutsche Einheit wegen der damit verbundenen Überschußprobleme und ihrer kaum noch gegebenen Finanzierbarkeit.

Deshalb ist es ein bißchen traurig, aber leider wahr - nachdem man den Bauern aktive Preispolitik vorgegaukelt hat, die uns ja letztlich in die Misere auch hineingeführt hat -, daß die GATT-Runde uns heute

(A) (Minister Matthiesen)

zum Umdenken und zum Nachdenken in der europäischen Agrarpolitik zwingt. Da bin ich sehr froh, daß vieles, was wir in Nordrhein-Westfalen praktiziert haben und praktizieren, offenbar jetzt eine Chance hat, in die europäische Reform einzufließen. Und das ist eine große Chance!

Lassen Sie mich abschließend zu Ihnen sagen, Herr Uhlenberg: Ich glaube nicht, daß wir, bezogen auf die mittelfristige Zukunft, so viele Probleme mit unseren Landwirten im Lande haben wie Sie als Partei. Wir streiten um die Wählergunst gern in den Städten, und wir streiten zunehmend mit Ihnen gern um die Wählergunst in den ländlichen Räumen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Herrn Minister Matthiesen. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN hatte sich der Abgeordnete Mai gemeldet.

(Ah-Rufe bei der SPD)

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben eben ausgesagt, was der Herr Vetter, der Kollege Umweltminister in Baden-Württemberg, könne, das könne Matthiesen in Nordrhein-Westfalen allemal. Nun muß ich feststellen, daß Baden-Württemberg teilweise in der Umweltpolitik sehr viel weiter ist als Minister Matthiesen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen: Baden-Württemberg hat die Sonderabfallabgabe auf Landesebene eingeführt. Es ist also rechtlich möglich, und sie wirkt auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen: Das Kabinett in Baden-Württemberg hat die Nahverkehrsabgabe beschlossen. Umweltabgaben wirken also auf Länderebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen: Berlin - ich habe es eben gesagt - und Hamburg haben das, was wir vorgeschlagen haben, die Grundwasserentnahmeabgabe, eingeführt. Sie

wirkt; auch das geht auf Länderebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht zuletzt: In Hessen haben rot-grün, haben Fischer und Eichel Koalitionsvereinbarungen getroffen, die eben genau diese Umweltabgaben, die wir zum Teil hier auch vorschlagen, in der Legislaturperiode umsetzen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch einmal zur Luftschadstoffabgabe! Herr Minister, ich habe Sie zitiert. Sie selbst haben sich im Umweltausschuß für die Luftschadstoffabgabe auch auf NRW-Ebene ausgesprochen. Wo bleibt Ihre Zusage, wo bleiben Ihre Vorschläge? Wir sind hier vorn. Wir sagen hier, wo es langgeht. Ich wiederhole meine Wette von vorhin: Ich denke, in dieser Legislaturperiode werden auch Sie oder die SPD-Fraktion mit solchen Abgabenvorschlägen hier vorstellig werden, und wir werden sie dann auch beschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie schlachten ein ungelegtes Ei!)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Mai. - Weitere Wortmeldungen zu Einzelplan 10 liegen mir nicht vor.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Aufmerksamkeit; wir kommen zur Abstimmung.

Erste Abstimmung! Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1422 Anlage 1 Kapitel 10 020 Titel 271 (neu), Stichwort: Anzeigenkampagne der Landesregierung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Vielen Dank. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat mich wissen lassen, daß die Abstimmung im zweiten Komplex die Anlagen 2 bis 21 beinhalten soll. Also: Über die Anlagen 2 bis 21 der Drucksache 11/1422 wird im Block abgestimmt. Wer für dieses Paket ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann sind diese Anträge abgelehnt.

(C)

(B)

(D)

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen der CDU-Fraktion zu Einzelplan 10 in Drucksache 11/1423. Also, dritte Abstimmung: Antrag der CDU-Fraktion Anlage 1 Kapitel 10 030 Titel 683 67, Stichwort: Aufbereitung von Flachs. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. - Dieser Antrag ist abgelehnt.

Bei Anlage 2 zu Kapitel 10 050 kommen wir zu verschiedenen Abstimmungen:

Zunächst die vierte Abstimmung über Kapitel 10 050 Titel 531 10, Stichwort: Abfallwirtschaft. Wer für diesen Antrag der Fraktion der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe dann die fünfte Abstimmung auf: Kapitel 10 050 Titel 119 12 (neu) und Titel 537 15. Die Fraktion der F.D.P. hat an dieser Stelle getrennte Abstimmung verlangt. Das ist mit der CDU auch so abgesprochen, so daß wir zu zwei Abstimmungen im fünften Abstimmungspaket kommen.

(B)

Ich rufe deshalb die fünfte Abstimmung auf: Titel 119 12. Das ist die Ziffer 5 a, Stichwort: Erstattung von zu Unrecht für eine Kampagne zur Abfallvermeidung verausgabten Beträgen. Wer für diesen Antrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe die zweite Abstimmung auf: Titel 537 15, Stichwort: Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen im Bereich der Abfallwirtschaft. Wer für diesen Antrag der Fraktion der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/1110** zum Einzelplan 10 ab. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

(C)

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Beschlußempfehlung Drucksache 11/1108

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1421

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN umfaßt 8 Anlagen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Meyer das Wort.

Abgeordneter Meyer⁷ (Hamm) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soeben habe ich mir zum ersten Mal in meinem Leben gewünscht, ein Grüner zu sein. Weil der Präsident immer so früh die Glocke anschlägt, wird es, wenn die reden, hier im Saal immer so schön voll. Wenn dann einer von uns an die Reihe kommt, ist es immer gleich wieder leer. Deshalb sollten wir es jetzt hier auch in der gebotenen Kürze abwickeln.

Der Wirtschaftsminister hat seinen Erläuterungsbericht bemerkenswert damit eingeleitet, daß er sagt: Wir haben den Aufschwung aus eigener Kraft geschafft.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Das hat uns schon im Ausschuß zu Begeisterungstürmen hingerissen, vor allem, wenn man sich die Zahlen ansieht. Diese möchte ich hier eben noch in Erinnerung rufen. Denn noch im November, als wir das erstmals vorgetragen haben, wurde ja gesagt: Bis zum Jahresende haben wir das alles wieder eingeholt.

Inzwischen steht fest, daß Nordrhein-Westfalen im Jahre 1990 immerhin das beträchtliche Wachstum von 4 % gehabt hat. Damit ist Nordrhein-Westfalen immerhin auf den zweiten Platz - von hinten! - vor Oskar Lafontains Saarland gerutscht, also immerhin auf den vorletzten Platz. Da kann man doch stolz sein und sagen: Da sind wir ja noch ganz gut dran.

Wir haben uns von der Wohlstandsentwicklung hier in Westdeutschland abgekoppelt: 4,7 % im Schnitt des letzten Jahres, entgegen allen Versprechungen. Wenn man sich den Spitzenreiter Bayern ansieht: Im